



38. Sitzung

Donnerstag, 8. Oktober 2009

Vorsitzender: Präsident Berndt Röder

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Fortsetzung der **Tagesordnung**

2371

Beschluss

2378

Antrag der Fraktion der SPD:

**Der Universität Hamburg eine
Perspektive geben und sie am
Standort weiterentwickeln**

– Drs 19/4016 –

2371

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD
Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU
Dr. Eva Gümbel GAL
Dora Heyenn DIE LINKE
Wolfgang Beuß CDU

2371, 2374
2372
2373
2374
2375

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Altersentlastung und Altersteil-
zeit auch für Hamburger Lehre-
rinnen und Lehrer - dafür junge
Lehrerinnen und Lehrer ein-
stellen!**

– Drs 19/4163 –

2378

Dora Heyenn DIE LINKE
Marino Freistedt CDU
Gerhard Lein SPD
Michael Gwosdz GAL

2378
2379
2381
2382

Beschluss

2375

Beschluss

2383

Bericht des Eingabenausschusses
über die Drucksache 19/2495:

**Das Hamburgische Petitions-
recht bürgerfreundlicher ge-
stalten durch Einführung der
elektronischen Eingabe (E-Ein-
gabe) (Antrag der Fraktion der
SPD)**

– Drs 19/4148 –

2375

Antje Möller GAL
Jens Grapengeter CDU
Wilfried Buss SPD
Christiane Schneider DIE LINKE

2375
2376
2377
2377

Bericht des Kultur-, Kreativwirt-
schafts- und Tourismusausschusses
über die Drucksache 19/3441:

**1. Dritter Staatsvertrag zur Än-
derung des Staatsvertrages
über das Medienrecht in Ham-
burg und Schleswig-Holstein
(Dritter Medienänderungs-
staatsvertrag HSH)
2. Aufhebung des Hamburgi-
schen Mediengesetzes (Se-
natsantrag)**

– Drs 19/4062 –

2383

Andreas C. Wankum CDU	2383	Eingaben	
Uwe Grund SPD	2384	– Drs 19/4081 –	2393
Farid Müller GAL	2384, 2386		
Kersten Artus DIE LINKE	2385	Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
Beschlüsse	2386	– Drs 19/4082 –	2393
Antrag der Fraktion der SPD:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Rote Liste für schwarze Schafe		Eingaben	
- Entwurf eines Hamburgischen		– Drs 19/4083 –	2393
Korruptionsbekämpfungsgesetzes		Bericht des Eingabenausschusses:	
- Nachdrücklicher Einsatz für		Eingaben	
ein Bundeskorruptionsregister		– Drs 19/4203 –	2393
- Jährliches Korruptionslage-		Beschlüsse	2393
bild für Hamburg			
– Drs 19/4011 –	2386	Sammelübersicht	2394
dazu			
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Beschlüsse	2394
Rote Liste für schwarze Schafe/Entwurf eines Hamburgischen Korruptionsbekämpfungsgesetzes/Grundsatz der Unschuldsvermutung achten!		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
– Drs 19/4270 –	2386	Unterstützte Beschäftigung	
Karl Schwinke SPD	2386	– neues Förderinstrument zur beruflichen Integration behinderter Menschen – wie gut ist Hamburg vorbereitet	
Barbara Ahrons CDU	2387	– Drs 19/3287 –	2394
Antje Möller GAL	2389		
Christiane Schneider DIE LINKE	2390	Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	2394
Dr. Andreas Dressel SPD	2391		
Beschlüsse	2393	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Antrag der Fraktion der CDU:		Kriminalität im Jugendstrafvollzug – Wie viel Gewalt wird in Jugendhaft verübt und wie wird darauf reagiert?	
Bypass für die Rüschhalbinsel prüfen		– Drs 19/3891 –	2394
– Drs 19/4154 –	2393	Besprechung beantragt	2394
Beschluss	2393	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/4079 –	2393		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/4080 –	2393		
Bericht des Eingabenausschusses:			

„Ausweispflicht und individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten“ Bericht des Innenausschusses Drs. 19/2598 – Drs 19/4028 – 2394 Christiane Schneider DIE LINKE 2394 Kai Voet van Vormizeele CDU 2395 Dr. Andreas Dressel SPD 2396 Antje Möller GAL 2396	Beschlüsse 2400
Beschluss, Kenntnisnahme 2397	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3651: Haushaltsplan 2009/2010 Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres, Kapitel 8500, Polizei Neubau einer Schießanlage der Polizei auf dem Gelände Braamkamp in Hamburg-Winterhude (Senatsantrag) – Drs 19/4149 – 2400
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	Beschlüsse 2400
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 20. Februar 2009 „Menschliche Metropole: Unterbringungsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen ausbauen“ Drs. 19/2382 – Drs 19/4030 – 2397	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3920:
Beschluss, Kenntnisnahme 2397	Haushaltsplan 2009, Einzelplan 4 Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung", Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII", Mehrbedarf im Deckungskreis 45 "Sozialhilfe einschl. Blindengeld", Mehrbedarf in der Eingliederungshilfe im Bereich Drogen und Sucht, Mehrbedarf im Maßregelvollzug (Senatsantrag) – Drs 19/4222 – 2401
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3127:	Beschlüsse 2401
Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2009 (Senatsantrag) – Drs 19/4096 – 2397	Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Beschlüsse 2397	Neue Zuständigkeit und Umbenennung des Rechts- und des Sozial- und Gleichstellungsausschusses – Drs 19/4153 – 2401
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3347:	Beschluss 2401
Haushaltsplan 2009/2010 Errichtung einer Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtteilentwicklung in Hamburg-Horn und Bahrenfeld hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Projektsteuerung (Senatsantrag) – Drs 19/4121 – 2398	Antrag der Fraktion der SPD:
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2398 Jörn Frommann CDU 2398 Dr. Peter Tschentscher SPD 2399 Horst Becker GAL 2399	Personeller Neuanfang bei der HSH Nordbank – Drs 19/4162 – 2401 Beschluss 2401

Beginn: 15.03 Uhr

Da gestern bereits alle zur Aktuelle Stunde angemeldeten Themen zur Aussprache gekommen sind, können wir gleich zum ersten Debattenpunkt übergehen, das ist der Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 19/4016, Antrag der SPD-Fraktion: Der Universität Hamburg eine Perspektive geben und sie am Standort weiterentwickeln.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Der Universität Hamburg eine Perspektive geben und sie am Standort weiterentwickeln
– Drs 19/4016 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt bekommt es.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Universität Hamburg braucht eine Entscheidung zum Standort jetzt. Wir wollen eine Universität, die mitten in der Stadt an ihrem Standort in Eimsbüttel eine klare und verlässliche Perspektive erhält.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Diese Entscheidung können wir auch in diesem Herbst treffen. Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens: Wir beschäftigen uns seit weit über einem Jahr in der Bürgerschaft mit den baulichen Entwicklungsperspektiven der Universität und haben alle fachlichen Argumente zu verschiedenen Entwicklungsszenarien behandelt. Wir sind heute in der Lage, eine sachlich fundierte Entscheidung zu treffen.

Zweitens: Die öffentliche Haushaltskrise, die Einnahmeausfälle im hamburgischen Haushalt und die nun anstehenden Konsolidierungsbeschlüsse im Senat gebieten es geradezu, jetzt zu entscheiden. Jede weitere Vertagung beschneidet die finanziellen Spielräume, große Investitionsentscheidungen zugunsten der Universität zu treffen, und das wäre schade.

Drittens: Es gibt einen fast vollständigen Stillstand bei konkreten Planungsmaßnahmen und einen massiven Sanierungsstau an der Universität. Der muss überwunden werden. Wenn wir Modernisierungen und Neubauten für die Universität in einem mittelfristigen Zeitraum wirklich wollen, dann müssen jetzt dafür die Planungen wieder aufgenommen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen und auch aus der Linksfraktion, wir wollen unsere Vorschläge mit Ihnen diskutieren und wir können gemeinsam einen Pakt für die bau-

liche Entwicklung der Universität entwickeln. Der Ball liegt bei Ihnen.

Außer der Leitung der Wissenschaftsbehörde kenne ich keine beziehungsweise keinen, die oder der ernsthaft an eine vollständige Verlagerung der Universität auf den Kleinen Grasbrook glaubt. Dennoch hält die Wissenschaftsbehörde offiziell an ihren milliarden schweren Verlagerungsplänen auf den Grasbrook fest. Es handelt sich immerhin um Kosten von mindestens 3 bis 5 Milliarden Euro, vermutlich aber sehr viel mehr, während gleichzeitig im gerade beschlossenen Haushalt 2009/2010 rund 26, vielleicht auch 27 oder 28 Millionen Euro an Investitionsmitteln für die Universität vorhanden sind. Hier erkennt man doch die wahre Dimension: Alles ist auf Eis gelegt. Der Philosophenturm wird nicht im Innern modernisiert, das Studierendenzentrum wird nicht gebaut, das Geomatikum wird nicht modernisiert und die Informatik wird nicht verlagert, obwohl diese Maßnahmen längst durchgeplant waren; allein es fehlen die Haushaltsmittel dafür.

Das Konjunkturprogramm kommt Ihnen jetzt zur Hilfe bei einem Projekt, nämlich der Zoologie, die in Flottbek neu gebaut werden soll und die völlig unabhängig von den Verlagerungsplänen ist. Feststellen müssen wir aber, dass die Chancen aus dem Konjunkturprogramm – in Hamburg erhält die Wissenschaftsbehörde rund 80 Millionen Euro – für die Universität nicht entschieden genug genutzt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Seit mehr als einem Jahr müssen wir also beobachten, wie die Wissenschaftssenatorin versucht, von den Versäumnissen bei der Modernisierung der Universität in den letzten Jahren abzulenken.

(Jörg Hamann CDU: Jahrzehnten!)

– Jahrzehnt, das wäre richtig, Herr Kollege.

Seit mehr als einem Jahr werden Chancen vertan und keine klaren Entscheidungen getroffen. Genau hier liegt das Problem, weil diese Politik des Zögerns und Aufschiebens erneut zu einer Belastung für die Universität wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau der Universität verlangt eine große finanzielle Kraftanstrengung von der Stadt und deshalb muss man zu den bislang von der Behörde bevorzugten Entwicklungsszenarien zwei Fragen stellen. Erste Frage: Ist eine Verlagerung der Universität notwendig? Nein, sie ist nicht notwendig, weder vollständig noch in Teilen. Die von der Universität geforderten zusätzlichen 100 000 Quadratmeter an Flächen sind in Eimsbüttel realisierbar, 40 000 Quadratmeter bis zum Jahr 2012 und 60 000 Quadratmeter bis zum Jahr 2025. Es kann vorerst völlig dahingestellt bleiben, ob diese Flächenbedarfe inhaltlich begründet sind. Das spielt keine Rolle. Wichtig für unsere Entscheidung ist,

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

dass tatsächlich die Flächenbedarfe in Eimsbüttel realisierbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Für eine inhaltliche und qualitative wissenschaftliche Weiterentwicklung der Universität Hamburg ist die Verlagerung nicht nötig, sogar kontraproduktiv.

Die zweite Frage, die gestellt werden muss: Ist eine Verlagerung oder Teilverlagerung der Universität realisierbar? Die Antwort ist klar. Nein, sie ist nicht realisierbar und sie ist meines Erachtens auch nicht zu verantworten. Eine komplette Verlagerung auf den Kleinen Grasbrook wird nach vorsichtiger Schätzung wenigstens 1,8 Milliarden Euro mehr kosten als eine Entwicklung am alten Standort, wahrscheinlicher sind 2,4 Milliarden Euro. Vielleicht gibt es sogar noch Schätzungen in ganz anderen Größenordnungen. Das ist wirklich nicht realisierbar. Auch eine Teilverlagerung ist deutlich teurer als eine Erweiterung am jetzigen Standort und scheidet als Exitstrategie meiner Ansicht nach aus. Im Übrigen ist sie auch wegen der interdisziplinären und fachlichen Erfordernisse abzulehnen.

Irrführenderweise werden bei der Kostenrechnung sogenannte Sowiesokosten von mehr als 1 Milliarde Euro für die städtebauliche Entwicklung des Kleinen Grasbrooks zu den Kosten einer Erweiterung am Standort Rothenbaum addiert. Das ist meiner Ansicht nach nicht in Ordnung. Nur so gelingt es, die komplette Verlagerung der Universität auf den Kleinen Grasbrook schönzurechnen.

Grundlage für diese Idee ist ein Senatsbeschluss aus dem Jahr 2005. Damit wird deutlich, dass der Senat vielfältige Interessen für die Hafenentwicklung im Blick hat. Allerdings steht die Universität Hamburg hier nicht im Zentrum, sondern sie wird zum bloßen stadtentwicklungspolitischen Instrument. Ich glaube nicht, dass man die Entwicklung der Universität einem stadtentwicklungspolitischen Kalkül unterordnen darf.

(Beifall bei der SPD)

Das wollen auch die Handelskammer und der Wirtschaftsrat der CDU nicht mehr. Letzterer stellt fest – Zitat –:

"Die Zukunft der Universität sollte sich primär an wissenschaftlichen und weniger an städtebaulichen Vorgaben ausrichten."

Ich war positiv überrascht zu lesen, welch große inhaltliche Übereinstimmung zwischen den SPD-Positionen und denen des CDU-Wirtschaftsrates bestehen. Die Handelskammer wird am nächsten Dienstag ihre Position vorstellen. Wir sind gespannt darauf und werden uns konstruktiv damit auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Hinblick auf die Entwicklung der Universität keine Zeit zu verlieren. Eine Politik, die sich ihrer Verantwortung

bewusst ist, muss zügig handeln, um die Versäumnisse der letzten Jahre aufzuarbeiten und der Universität in baulicher Hinsicht eine Perspektive zu geben. Wir müssen klare Perspektiven und Prioritäten setzen und wir müssen vor allen Dingen auch eine Verlässlichkeit für die Universität gewährleisten. Wenn wir uns für einen Ausbau der Universität am Standort Eimsbüttel mit Neubauten und Modernisierung entscheiden und gegen eine Verlagerung, dann sind jetzt folgende Schritte notwendig:

Erstens, und das ist völlig unbestritten, müssen wir, das heißt die Politik oder der Senat, dafür sorgen, dass das Fernmeldeamt in der Schlüterstraße alsbald angemietet, am besten natürlich aufgekauft wird. Wir müssen auch prüfen, ob es Nutzungsmöglichkeiten für andere Fächer auf dem Gelände des UKE, in Flottbek oder in Bahrenfeld gibt, wo sich jetzt schon Standorte der Universität befinden. Wir brauchen ein realistisches Sofortprogramm zur Abstellung der besonderen und dringlichen Mängel an der Universität und, das ist der Kern, wir brauchen im Hinblick auf die nächsten zehn Jahre ein Programm für die Modernisierung und für Neubauten der Universität Hamburg. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam ein Zeichen für die Universität setzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, in Ihrem Beitrag und vor allen Dingen in dem von Ihnen eingebrachten Antrag sehe ich einen gewissen Widerspruch. Sie sagten eben gerade, dass Sie die Studie abwarten, die noch von der Handelskammer kommt, wollen aber heute schon über die Sache abstimmen, ohne diese Informationen zu haben. Diese Widersprüchlichkeit ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dem Senat und den ihn tragenden Regierungsfractionen kommt das große Verdienst zu, überhaupt die Initiative ergriffen zu haben, langfristig eine Verbesserung und Modernisierung aller Universitätsgebäude erneut zu planen. Hierzu sind in einer Studie insgesamt drei umfangreiche Verbesserungsinitiativen vorgeschlagen worden und Sie haben sie alle drei auch erwähnt. In Ihrem Antrag unterschlagen Sie im Ergebnis aber diese drei Initiativen. Die erste Weiterentwicklungsperspektive befasst sich mit dem Verbleib der Universität am bisherigen Standort im Grindelviertel, die zweite mit einer Teilverlagerung und nur die dritte mit einer vollständigen Verlagerung. Der Bezirk Eimsbüttel hat im Nachgang hierzu ein sehr gutes Zukunftskonzept für ein Festhalten am Standort Grindelvier-

(Dr. A. W. Heinrich Langhein)

tel vorgelegt, das sehr beachtlich ist, und genau dieses wollen wir weiter diskutieren. Nun erwarten wir eine Studie der Handelskammer, über die wir auch noch im Wissenschaftsausschuss diskutieren wollen.

(Jan Quast SPD: Aber Sie wissen doch, was in der Studie drinsteht!)

– Ich weiß nicht, was in dieser Studie drinsteht, vielleicht wissen Sie das.

Nach Vorlage aller Konzepte haben wir im Wissenschaftsausschuss vereinbart, Experten anzuhören und dabei alle vorgelegten Gutachten zur baulichen Zukunft der Universität unter die Lupe zu nehmen, um am Ende das beste Ergebnis weiterzuverfolgen, denn für die Regierungsfaktionen gilt es, die beste Weiterentwicklung für die Universität zu diskutieren und dann auch umzusetzen. Nun will ein Teil der Opposition diese gemeinsam verabredete Zukunftsplanung beenden, überhaupt nicht mehr debattieren und heute über den Antrag entscheiden. Es wäre die größte Kalamität in der Wissenschaft und politischen Kultur, ein so großes Projekt wie die bauliche Modernisierung und Verbesserung der Universität nicht weiter zu diskutieren und heute abzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Jan Quast SPD: Deshalb haben Sie es bei den Schulen auch gelassen!)

– Die Schulen haben jetzt hier keine Diskussionsrelevanz.

Dieser Antrag der SPD will nichts anderes, als jede weitere Beratung im Parlament über den richtigen Weg des Universitätskonzepts abzuschneiden. Wörtlich heißt es sogar in Ihrem Antrag, dass die Debatte beendet werden soll. Ich bitte Sie, Frau Stapelfeldt, einem solchen Ansinnen können und werden wir nicht zustimmen. Sie bereiten sozusagen dem Diskussionsprozess mittendrin ein Ende und das kann nicht von Ihnen gewollt sein. Ein Beschließen dieses Antrages würde sogar dazu führen, dem Parlament jeden Einfluss auf die Zukunft der Universität zu entziehen. Genau dies werden wir nicht mittragen.

Wir werden uns auch vor dem Hintergrund einer finanziell schwierigen Situation für unsere Stadt weiter gründlich mit diesem Thema beschäftigen und im Rahmen knapper Finanzmittel weiter in die bauliche Substanz investieren, damit die Bildung klug weiter fortgeschrieben werden kann und die Universität ein attraktiver Standort für unsere Studenten, für die besten Wissenschaftler und für die im Quartier lebenden Menschen ist. Nun wissen wir nicht, wie wir mit Ihrem Antrag verfahren sollen, denn wenn wir ihn heute beschließen, ist die Debatte beendet. So frage ich Sie, Frau Stapelfeldt: Wollen Sie keine Expertenanhörung mehr durchführen, wenn wir heute darüber beschließen, oder wollen wir das, was Sie in Ihrem Antrag erwähnt

haben, im Wissenschaftsausschuss weiter diskutieren? Diese Frage müssen Sie uns heute im Rahmen der Debatte noch beantworten, vorher können wir über diesen Antrag nicht befinden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen! Liebe Frau Stapelfeldt, ich habe mit großer Freude gehört, dass wir uns in zwei Punkten durchaus einig sind. Zum einen wollen wir alle hier im Haus eine Perspektive für die Universität schaffen, zum anderen habe ich jetzt von Ihnen gehört, dass Sie die bauliche Entwicklung und die zugrunde gelegten Quadratmeterzahlen, die wir von der Behörde bekommen haben, offensichtlich nicht mehr in Zweifel ziehen. Wenn ich Sie an die Debatte im Ausschuss erinnern darf, dann waren wir eigentlich fraktionsübergreifend übereingekommen, dass wir uns das, was in die Studie eingeflossen ist, nämlich den Struktur- und Entwicklungsplan, vortragen lassen wollen, um überprüfen zu können, wie hoch der Flächenbedarf an der Universität tatsächlich ist und wie er fachlich begründet ist.

In der letzten Ausschusssitzung hatten wir eigentlich vorgesehen, dass uns der Struktur- und Entwicklungsplan vorgestellt würde. Frau Löschper und die Dekane waren startbereit. Wir haben das dann in letzter Minute abgesagt, weil der STEP nicht allen zugänglich war, obwohl ihn die meisten aus der Hand der Vizepräsidenten erhalten hatten. Ich will damit nur sagen, dass schon im Ausschuss die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Struktur- und Entwicklungsplan nicht stattgefunden hat. Wir haben auch, das hat der Kollege nun schon deutlich gemacht, eine Expertenanhörung für den November geplant, die Sie im Übrigen beantragt haben und bei der wir uns mit der baulichen Perspektive auseinandersetzen wollen.

Das heißt, wir befinden uns im Ausschuss in einem Diskussionsprozess, den Sie, so wie die CDU das hier dargestellt hat, offensichtlich mit Ihrem Antrag beenden wollen. Das kann eigentlich nicht in Ihrem Sinne sein. Wenn es denn nicht in Ihrem Sinne ist, dann wollten Sie wahrscheinlich einfach nur den Diskussionsstand des Wissenschaftsausschusses aus SPD-Sicht hier einmal darstellen. Das ist Ihnen unbenommen, das kann man tun, aber eigentlich wissen Sie, dass das unseriös ist. Das tut man eigentlich nicht, denn in Ihrem Antrag findet sich nichts Neues. Natürlich muss man zu genau diesen Fragen, die Sie aufgezählt haben, eine Entscheidung treffen. Dazu haben wir uns verabredet und dazu haben wir Schritte verabredet, die wir einhalten wollen. Ich habe Ihnen mit Interesse zugehört, aber Sie haben mir nicht erklären können,

(Dr. Eva Gumbel)

warum Sie diesen Antrag hier eingebracht haben. Man kann jetzt viel spekulieren, der Wahlkampf ist vorbei und so weiter und so fort.

(Ingo Egloff SPD: Vielleicht geht es uns um die Sache!)

Das fand ich alles wenig überzeugend. Insofern schließe ich mich tatsächlich der Frage an, was wollen Sie mit dem Antrag, was soll nun mit ihm geschehen?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag zeigt auf, dass wir seit eineinviertel Jahren in der Hansestadt darüber diskutieren, was mit der Uni passieren soll. Ich möchte daran erinnern, dass im Juli letzten Jahres die Frau Senatorin zusammen mit Frau Auweter-Kurtz Arm in Arm über den Campus gelaufen ist, sich vor die maroden Gebäude gestellt hat und gesagt hat, da muss etwas passieren. Daraufhin ist 1 Million Euro ausgegeben worden für fünf Gutachten. Wir haben eine öffentliche Anhörung in der Universität gehabt, wir haben es im Ausschuss häufig diskutiert, wir haben auch sehr viel in Frage gestellt, was in den Unterlagen und Gutachten dargelegt wurde, und zwar alle Fraktionen, bis hin zur CDU-Fraktion. Wir sind uns nach meiner Kenntnis überhaupt noch nicht einig über den wirklichen Flächenbedarf, weil wir die Ermittlung nicht sehen. Aber die Flächenermittlung ist auch von einer Firma unabhängig vom Struktur- und Entwicklungsplan durchgeführt worden. Dieser Antrag der SPD zeigt, dass eine große Diskussion darüber in Gang gebracht worden ist, wo die Universität in Zukunft am besten aufgehoben ist. Das stockt jetzt und ich finde, das kann sich die Universität Hamburg nicht leisten. Sowohl die Vertreter in der Universität selbst als auch in den Bezirken und wir Abgeordneten und Parteien hier in der Bürgerschaft sind irgendwie in Schockstarre verfallen.

(Wolfgang Beuß CDU: Wir sind quicklebendig!)

Man weiß überhaupt nicht, in welche Richtung das geht. Insofern ist dieser Antrag ein guter Anstoß, deutlich zu machen, dass es endlich zu einer Entscheidung kommen muss. Wir können dieses Spiel nicht noch einmal eineinviertel Jahre treiben. Wir bekommen doch ständig gesagt, wenn ein Gebäude marode ist und man nicht sofort etwas unternimmt, dann wird es immer schlimmer. Irgendwann muss man sonst die ganze Uni abreißen, das kann wohl nicht der Sinn der Sache sein. Es muss dringend etwas passieren und so sehe ich diesen Antrag, dass darauf aufmerksam gemacht wird, dass wir hier etwas versäumt haben, auch im Wissen-

schaftsausschuss, wo wir zwischendurch lauter andere Sachen angefasst haben. Es muss jetzt langsam zu einer Entscheidung gebracht werden. Es ist sehr viel diskutiert worden, wir haben Anhörungen gehabt, es wird auch noch eine Expertenanhörung geben, aber das finde ich sehr vernünftig.

Natürlich wäre es nicht schlau, nun heute über diesen Antrag abzustimmen. Ich sehe das so, dass er die Meinung der SPD-Fraktion wiedergibt, die sie sich aus den bisher zusammengetragenen Fakten gebildet hat. Dieser Meinung können wir uns von der Linksfraktion auch überwiegend anschließen, das sehen wir ähnlich. Aber wichtig ist doch, dass wir das im Ausschuss noch einmal abschließend diskutieren. Da können dann auch noch andere Sachen wie zum Beispiel das Gutachten der Handelskammer mit eingebracht werden. Nur fände ich es wichtig, dass wir uns den Antrag zum Anlass nehmen und ihn an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Zum Ende des Jahres, spätestens Anfang nächsten Jahres muss eine Entscheidung getroffen werden, wie es mit der Universität weitergeht, ob sie auf den Kleinen Grasbrook kommt, ob sie in Eimsbüttel bleibt und wie weiter gearbeitet wird, denn alle baulichen Maßnahmen, die wir inzwischen beschlossen haben, sind von relativ geringem Ausmaß. Meistens waren es Baumaßnahmen in Bahrenfeld, in der Physik oder Zubauten bei DESY, also alles mehr wieder im physikalisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Insofern halte ich es für eine sehr schlaue Idee, diesen Antrag an den Wissenschaftsausschuss zu überweisen und möglichst zügig diese Diskussion über die Verlagerung oder Nichtverlagerung der Universität zum Ende zu bringen. Deshalb plädieren wir dafür, diesen Antrag zu überweisen, und sind der SPD dankbar, dass sie den Antrag gestellt und darauf aufmerksam gemacht hat, dass hier eine Diskussion gestoppt wurde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU- und der GAL-Fraktion, wir sind sehr gerne bereit, im Wissenschaftsausschuss mit Ihnen über unsere Position, die wir hier in dem Antrag formuliert haben, zu reden; das ist selbstverständlich. Wenn Sie das so mittragen, dann sollten wir das tun und dann werden wir sicherlich auch gute Beratungen darüber haben.

(Beifall bei der SPD – Jörg Hamann CDU: Was sagt denn die SPD-Mitte?)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, so richtig konnte sich mir das bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erschließen,

(*Michael Neumann SPD: Das glaube ich!*)

was Sie mit diesem Antrag eigentlich grundlegend meinen. Der Kollege Langhein und die Kollegin Gümbel haben schon darauf hingewiesen: Sollten wir diesem Antrag zustimmen, würden wir das gesamte verabredete Verfahren im Ausschuss stoppen und eine Entscheidung präjudizieren.

(*Michael Neumann SPD: Das verlangt doch niemand!*)

Das wollen wir nicht. Aufgrund des gesamten Verlaufs dieser Debatte bin ich aber der Meinung, dass wir uns ein Stückchen weit auch in Ihre Richtung bewegen sollten. Ich kenne es noch aus leidvoller eigener Oppositionsarbeit, dass die Anträge der Opposition von der Regierungsfraktion in Bausch und Bogen, meistens sogar ohne Begründung, abgelehnt werden. Wir werden das in diesem Fall nicht tun, sondern werden an unserem Fahrplan im Ausschuss festhalten, stimmen aber dem Überweisungsvorschlag der LINKEN an den Ausschuss zu. Und ich freue mich auf eine weitere, hoffentlich so wie heute geschehen, sachliche Debatte in dieser Frage.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4016 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3, Drucksache 19/4148, Bericht des Eingabenausschusses: Das Hamburgische Petitionsrecht bürgerfreundlicher gestalten durch Einführung der elektronischen Eingabe (E-Eingabe).

[Bericht des Eingabenausschusses über die Drucksache 19/2495:

Das Hamburgische Petitionsrecht bürgerfreundlicher gestalten durch Einführung der elektronischen Eingabe (E-Eingabe) (Antrag der Fraktion der SPD)

– Drs 19/4148 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht. Die Abgeordnete Möller hat es.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über etwas, das, anders als bei der Debatte eben und vielleicht auch erstaunlich für dieses Haus, sehr einvernehmlich von allen Fraktionen im Eingabenausschuss diskutiert wurde. Wir reden über einen Antrag, den die SPD eingebracht hat und der auf Antrag der GAL-Fraktion im April an den Eingabenausschuss überwiesen worden ist. Wir haben mehrfach zu diesem Antrag getagt, wir haben eine Experten- und Expertinnenanhörung durchgeführt und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass wir als Hamburgische Bürgerschaft schlicht und einfach nicht die Letzten sein wollen. Ich glaube, das ist eine gute Idee. Viele Bundesländer und der Bundestag haben sich schon vor einigen Jahren dazu entschlossen, zu den Möglichkeiten, die die Bürgerinnen und Bürger haben, um eine Petition an die jeweiligen Abgeordneten zu richten, auch den elektronischen Weg hinzuzunehmen. Das ist ein großer Schritt in Richtung niedrigschwellige Zugänglichkeit zu den Abgeordneten und zum Erreichen der Bürgerschaft mit einer Eingabe.

(Beifall bei der GAL)

Der Bundestag hat im Jahr 2005 dieses Verfahren eingeführt, Nordrhein-Westfalen ebenso, Bayern im Jahr 2006 und Bremen im Jahr 2007. Wir haben mit Experten und Expertinnen aus den drei Bundesländern und aus dem Bundestag gesprochen. Wir haben politisch darüber diskutiert, wir haben aber auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung darüber diskutiert und wir haben vor allem vier Fragen diskutiert. Wie wird diese Möglichkeit angenommen, gibt es einen Missbrauch durch die Möglichkeit, eine Eingabe schlicht und einfach per Mail zu schicken, was kostet das die jeweilige Verwaltung und wie geht es technisch?

Wir haben im Jahr ungefähr 1000 Eingaben zu bearbeiten, davon 28 Prozent, also ein knappes Drittel, manchmal mehr, manchmal weniger, die speziell den Bereich des Ausländerrechts betreffen. Wir haben weltweit einen täglichen E-Mail-Verkehr von rund 200 Milliarden E-Mails. Ich glaube, dass wir nicht davon ausgehen müssen, dass uns ein wirklich relevanter Teil dieser E-Mails erreicht. Die anderen Landtage haben uns eine Zunahme ihres Eingabenaufkommens von 15 oder 20 Prozent bescheinigt, je nachdem, wie alt die Erfahrungen sind; zum Teil sind sie erst einige Monate alt. Die Zahl 15 Prozent war in Bayern zu verzeichnen. Bayern hat sich übrigens am euphorischsten zu diesem Verfahren geäußert und uns sehr lebendig dargestellt, wie beliebt es doch ist, sich per E-Mail an den Bayerischen Landtag zu wenden.

Interessanterweise ist Missbrauch weder auf der Bundesebene noch in den drei Bundesländern festgestellt worden, also all unsere Sorgen um zusätzliche Spams oder um Eingaben, die überhaupt

(Antje Möller)

kein Anliegen erkennen lassen, wie wir es formal nennen, waren umsonst. Alle Expertinnen und Experten haben gesagt, das gäbe es einfach nicht.

Die Kosten halten sich nach den Erfahrungen des Landtages, aber auch des Bundestages, auf einem Niveau, das alle für vertretbar halten. Es handelt sich lediglich um die technischen Kosten, die sicherstellen, dass der Server den Ansprüchen des Datenschutzbeauftragten in unserem Fall genügt, dass die Vertraulichkeit gesichert wird und das sollten wir uns auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung leisten, denn es könnte durchaus auch zu einer Umkehr des Verhaltens der Bürgerinnen und Bürger kommen. Das heißt, vielleicht haben wir weniger schriftliche Eingaben, die uns direkt per Brief erreichen, vielleicht gibt es weniger Menschen, die direkt kommen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eingabendienstes sprechen, dadurch viel zeitlichen Aufwand verursachen, und vielleicht nutzen einfach mehr Menschen diese elektronische Möglichkeit.

Wir können auch noch etwas anderes lernen aus dieser Expertinnen- und Expertenanhörung, nämlich die Tatsache, dass die anderen Landtage sehr viel offener mit dem ganzen Eingabeverfahren umgehen. Es gibt öffentliche Sitzungen, es gibt Anhörungen der einzelnen Petentinnen und Petenten.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das kann man positiv sehen, das hat Vor- und Nachteile, so haben wir es auch diskutiert.

Bei den öffentlichen Sprechstunden haben wir uns auch entschlossen, sehr mutig voranzugehen und einen Versuch zu wagen. Insgesamt können Sie, auch wenn Sie nicht im Eingabenausschuss sind, sehr gut nachlesen, wie sich unsere Diskussion entwickelt hat, wenn Sie einmal in das Wortprotokoll oder in den Bericht schauen. Ich glaube, es ist für uns alle wichtig, einmal mitzunehmen, dass die Menschen in diesem Land das Eingabenrecht als ein sehr wichtiges und grundlegendes Recht sehen und auch wahrnehmen. Und je besser wir Abgeordnete den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass auch wir dieses Instrument ernst nehmen, umso mehr können wir vielleicht auch dazu beitragen, dass sehr viel Unverständnis über bestimmte Entscheidungen von Behörden, bestimmte Entscheidungen in Bezirken sich zumindest soweit erklären lassen, dass wir transparent machen, warum und wieso entschieden wurde.

Der elektronische Weg ist ein sehr viel schnellerer und er ist auch einer, der deutlich macht, dass wir nicht nur hier in unserem Kämmerchen sitzen und darauf warten, dass jemand zu uns kommt, sondern dass wir in diesen doch sehr offenen Bereich des Netzes mit unserem Angebot hineingehen. Wenn wir trotzdem noch sagen, wir gehen auch in die Bezirke, wir wollen auch vor Ort sein, dann ist das eine Ergänzung.

Ich bin gespannt, wie es sich entwickeln wird mit den elektronischen Eingaben. Ich bin natürlich auch gespannt, ob uns möglicherweise der Verfassungsausschuss jetzt noch ausbremst, nachdem wir uns mit dem Datenschutzbeauftragten lange und detailliert unterhalten haben und auch, nachdem wir uns vor allem an den Anforderungen des Bundestags orientiert haben. Ich freue mich, dass das so eine einvernehmliche Entscheidung war und denke, wir werden weiterhin viel Arbeit im Eingabenausschuss haben, aber es macht die Arbeit auch spannender, wenn dieses neue Medium dazukommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Grapengeter.

Jens Grapengeter CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Möller hat schon in der Sache ausgeführt, dass es ein Einvernehmen gibt über eine Novellierung des Gesetzes über den Eingabenausschuss. Der Eingabenausschuss hat in dieser Angelegenheit eine Anhörung und eine Auswertung der Anhörung durchgeführt. Bei den gesetzlichen Grundlagen orientieren wir uns vorrangig an der bundesgesetzlichen Norm, aber auch an den gesetzlichen Regelungen des Bayerischen Landtags, der Bremischen Bürgerschaft beziehungsweise dem Gesetz, welches die Tätigkeit des Petitionsausschusses in Nordrhein-Westfalen regelt, wo es schon Erfahrungen gibt, sei es im Hinblick auf die E-Petition, sei es im Hinblick auf Sprechstunden, die vor Ort angeboten werden.

In der Sache hat Frau Möller schon entsprechende Angaben gemacht, sodass sie von mir nicht ergänzt werden müssen. Ich möchte mich nur als Vorsitzender bei allen Abgeordneten des Eingabenausschusses, und zwar fraktionsübergreifend, recht herzlich für die sachliche Debatte bedanken. Ich bitte Sie um Unterstützung, dass wir dieses Gesetz an den Verfassungsausschuss überweisen, welcher, wenn möglich, so schnell wie möglich tagen sollte, damit wir dieses Gesetz zum 1. Januar 2010 in Kraft setzen können.

Ziel wäre es dann, dieses Gesetz zu evaluieren, um zu ermitteln, welche neuen Erfahrungen wir damit machen. Beim Bundestag war erst ein Ansteigen der Petitionen zu verzeichnen und dann wiederum eine Normalisierung. Ich denke, bis zum Ende dieser Legislaturperiode sollte das Gesetz evaluiert werden. Dann können die notwendigen Rückschlüsse gezogen werden, was geändert werden sollte oder aber, ob sich das Gesetz bewährt hat. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erfreulich zu sehen, dass der Antrag der SPD-Fraktion, der 2005 nahezu wortgleich ins Parlament eingebracht wurde und damals schnöde von der absoluten Mehrheit der CDU in den Papierkorb versenkt wurde, heute, vier Jahre später, auf eine einvernehmliche Befassung und auch einen so sachlichen Umgang, wie es gerade vom Vorsitzenden unseres Ausschusses freundlicherweise dargestellt wurde, getroffen ist. Dafür, Herr Grapengeter, vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Es hat sich in der Tat gezeigt, dass es richtig war, noch einmal Expertinnen und Experten aus den vier Vertretungen einzuladen, die mit diesem Verfahren der Eingabe über das Internet schon Erfahrungen gemacht haben. Frau Möller hat schon gesagt, dass es seit fast vier Jahren auch der Bundestag macht.

Wir hatten wirklich alle etwas Sorge, dass wir erfahren müssten, dass damit jede Menge Missbrauch betrieben wird, doch es hat sich das Gegenteil gezeigt. Alle Expertinnen und Experten haben befürwortet, dass auch Hamburg jetzt diesen Weg geht. Sie haben keine schlechten Erfahrungen gemacht und deswegen empfehlen sie uns, dieses entsprechend umzusetzen.

Das Zweite, das auch auffällig war, das wir aber noch nicht weiter verfolgt haben, aber für uns Sozialdemokraten schon auf der Tagesordnung steht, ist die Erfahrung, die insbesondere die bayerischen Kolleginnen und Kollegen gemacht haben, nämlich dass man nicht nur im Bundestag, sondern auch in Bayern diesen Weg der öffentlichen Petitionen gehen will. Der Kollege aus Bayern war der Ansicht, dass es auch eine neue Form des künftigen Parlamentarismus sein könne, dafür zu werben, damit man auch als Bürger merkt, dass man mit seinen Anliegen stärker wahrgenommen wird. Man erreicht gleichzeitig über diese moderne Form der Kommunikation eine neue Öffentlichkeit und das kann durchaus auch gegen Politikverdrossenheit helfen.

Wir wissen aber auch – deswegen haben wir es noch nicht eingebracht –, dass die Durchführung zusätzliche Mittel erfordern wird. Der Bundestag hat das sehr deutlich gemacht, es kostet personelle Ressourcen von nicht unerheblichem Maße. Für uns wären das etwa zwei volle Planstellen, die man braucht, um die Foren, die dafür notwendig sind, entsprechend zu betreuen und eventuelle missbräuchliche Anwendungen entfernen zu können. Diese Sache nehmen wir uns vielleicht für das nächste Haushaltsjahr 2011/2012 vor und werden einmal sehen, wie es funktioniert.

Deutlich wird also, dass alle für diesen neuen Weg sind, nur interessanterweise – das ist für uns höchst bedauerlich – gibt es offensichtlich eine Zerstrittenheit in der CDU-Fraktion, obwohl wir uns alle einig waren, dass dieses Gesetz am 1. Januar 2010 in Kraft treten soll.

(**Olaf Ohlsen CDU:** Eine Rechtssicherheit brauchen wir noch!)

Dieser einstimmig beschlossene Weg ist im Übrigen, Herr Kollege Ohlsen, vom Justiziar der Bürgerschaft eng begleitet und immer überprüft worden, ob alles datenschutzmäßig und parlamentarisch seine Richtigkeit hat. Dass er trotzdem noch einmal überwiesen werden muss an den Ausschuss und damit noch einmal mindestens sechs Wochen aufgehalten wird, finden wir sehr bedauerlich. Bei einer einstimmig beschlossenen Initiative kann ich im Namen unserer Fraktion nicht nachvollziehen, dass es da derartige Verzögerungen geben wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich schließe mich deswegen der Bitte des Kollegen Grapengeter an – da richte ich mich insbesondere an Ihre Fraktion –, dass es eine zügige Beratung im Verfassungsausschuss geben möge. Demnächst wird es die entsprechende Umstellung aller Petitionen auf den elektronischen Weg geben, die sogenannte elektronische Akte wird eingeführt werden. Von daher bietet sich auch an, dass wir diese E-Mail-Petition dazu nehmen, dass es möglichst zügig und gut gemacht wird, damit wir den 1. Januar 2010 noch erreichen können. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn dies gelingt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Sie werden sich vielleicht wundern, warum ich spreche, weil ich nicht im Eingabenausschuss bin, aber ich habe die Überweisung schon einmal antizipiert, weil ich Mitglied im Verfassungsausschuss bin.

Ich habe alles durchgelesen, ich habe das Wortprotokoll und den Bericht gelesen, ich habe die Debatte verfolgt und frage mich natürlich auch, warum wir das Ganze eigentlich überwiesen haben. Es herrschte tatsächlich eine große Übereinstimmung, bei der ich für unsere Fraktion sage, dass auch wir uns freuen, wenn es jetzt zügig auf den Weg kommt. Aber es macht nichts, überweisen wir es noch einmal.

Wir haben da die Gelegenheit, vielleicht zwei Punkte, die im Eingabenausschuss schon zur Sprache gekommen sind, noch einmal im Verfas-

(Christiane Schneider)

sungsausschuss anzusprechen, ohne dass wir uns unter Entscheidungsdruck setzen, aber es sind zwei wichtige Fragen. Eine davon hat mein Kollege Buss schon angesprochen, die Frage der öffentlichen Petitionen. Hier kann man vielleicht vereinbaren, die Erfahrungen, die der Deutsche Bundestag damit gemacht hat, auszuwerten. Auf jeden Fall bedeuten sie doch einen ziemlichen Schritt in Richtung öffentlicher Meinungsbildung und Einwirkung von öffentlicher Diskussion auf die Parlamente. Ich glaube, diese Erfahrungen soll man nicht gering-schätzen, auch wenn es mit Geld verbunden ist, aber hier sind wir nicht unter Zeitdruck, Ihre Perspektive finde ich ganz sympathisch.

Die zweite Frage, die wir ansprechen können, ist ebenfalls durch unsere Kollegen im Eingabenausschuss aufgeworfen worden, die Frage des barrierefreien Zugangs. Hier geht es nicht zuletzt auch um die Frage, wie den Menschen, die das Schriftdeutsch nicht beherrschen, der Zugang erleichtert wird, denn das Recht, Eingaben zu machen, ist ein Recht für jedermann. Es gilt zum Beispiel auch für ausländische Staatsangehörige und Staatenlose.

Ich habe auf der Homepage der Bürgerschaft unter Eingabenausschuss nachgesehen und festgestellt, dass es dort Informationen über den Eingabenausschuss in sieben Sprachen gibt; dies wird seinen Grund haben. Wenn darüber informiert wird, dass man Eingaben in sieben Sprachen machen kann, dann heißt das einfach, dass man sich auch an Leute wenden will, die nicht des Deutschen oder des Schriftdeutschen mächtig sind. In welcher Form man das machen kann, wird man in Ruhe diskutieren können, aber das wird auch Geld kosten. Man kann vielleicht einmal nach Bremen schauen, weil die sich dieses auch zur Aufgabe gemacht haben. Man kann also auch das Gute an der Überweisung sehen. Wir können weitere Fragen aufwerfen, ohne dass wir jetzt die Verabschiedung dieses Antrags der SPD verzögern. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Wilfried Buss SPD und Antje Möller GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 19/4148 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Drucksache ist einstimmig überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 41 auf, Drucksache 19/4163, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Altersentlastung und Altersteilzeit auch für Hamburger Lehrerinnen und Lehrer – dafür junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen!

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Altersentlastung und Altersteilzeit auch für Hamburger Lehrerinnen und Lehrer - dafür junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen!

– Drs 19/4163 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie der Kommunikation frönen wollen, dann sollten Sie das entweder hier leise oder draußen so laut, wie Sie wollen, tun, aber hier drinnen bitte leise.

Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute auf die Tagesordnung gesetzt die Altersentlastung und Altersteilzeit auch für Hamburger Lehrerinnen und Lehrer. Hamburg ist das einzige von 16 Bundesländern, das keine Altersermäßigung für die Lehrkräfte gewährt. Bis zum Jahr 2000 war es so, dass Lehrkräfte über 55 eine Wochenstunde und Lehrkräfte über 60 zwei Wochenstunden Altersentlastung bekamen. Die Altersteilzeitregelung, die es in Hamburg genauso gab wie in allen anderen Bundesländern, wurde 2004 abgeschafft. So sind wir neben dem Saarland das einzige Bundesland, das auch keine Altersteilzeit hat. Gleichzeitig wurde in Hamburg der Unterricht erhöht, 1995 um eine Unterrichtsstunde, 2003 um zwei weitere Unterrichtsstunden. Und durch das Arbeitszeitmodell, das ganz andere Parameter eingeführt hat, ist die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung von einigen Lehrerinnen und Lehrern erheblich gestiegen; darüber haben wir schon häufig diskutiert.

Im gleichen Zuge ist das Pensionsalter – das ist nicht in allen Bundesländern passiert – auf 67 Jahre für die Lehrkräfte angestiegen; das ist eine besondere Problematik. Hinzu kommt, dass auch die Schülerschaft im Verhältnis zum Beispiel zum Bayerischen Wald oder zu Nordfriesland eine ganz andere ist. Die Lehrkräfte hier in Hamburg haben andere, härtere Bedingungen aufgrund der Metropolregion in der Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler. Alle, die das nicht glauben, nehme ich gerne einmal 14 Tage lang jeden Tag in die Schule mit – eine schöne Sache, da können Sie sich gut orientieren.

Wie sieht es konkret in Hamburg aus. 55 Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen sind älter als 50 Jahre. Die Hälfte aller Lehrkräfte in Hamburg ist inzwischen auf Teilzeit und sie sind deswegen auf Teilzeit, weil viele eine Vollzeitstelle gar nicht leisten können. Das halten sie nicht aus und schaffen es auch nicht, sie fühlen sich völlig überfordert und ausgelaugt. Hamburg ist, wie gesagt, das einzige Bundesland, das weder Altersteilzeit noch Altersentlastung für seine Lehrkräfte anbietet und hat im Vergleich die längsten Arbeitszeiten in der gesam-

(Dora Heyenn)

ten Bundesrepublik. Ganz nebenbei möchte ich anmerken, dass in Deutschland die Arbeitszeiten für Lehrkräfte am längsten in ganz Europa sind; das macht die Sache noch ein bisschen problematischer.

Damit alle gesund in den Ruhestand kommen, halten wir eine Altersentlastung und eine Altersteilzeit für dringend notwendig. Hinzu kommt, dass wir viel zu wenig junge Lehrer haben. Wenn man Altersteilzeit und Altersermäßigung wieder einführen würde, könnte man auch junge Lehrer und Lehrerinnen einstellen, denn viele warten nach dem Referendariat auf eine Stelle.

Ich habe vor einiger Zeit eine Schriftliche Kleine Anfrage zu dem Thema gestellt und daraus möchte ich zitieren. Ich habe gefragt:

"Trifft es zu, dass Hamburg das einzige Bundesland ist, in dem es zurzeit keine Altersentlastungs- beziehungsweise Altersteilzeitregelungen für beamtete Lehrkräfte gibt?"

Wenn nein, welche Bundesländer haben keine solche Regelungen?

Wenn ja, wie begründet der Senat die Schlechterstellung der Hamburger beamteten Lehrkräfte?"

Die Antwort war:

"Für den Bereich der Altersentlastung wird auf die Ausführungen der Kultusministerkonferenz [...] verwiesen. Daraus ergibt sich, dass Hamburg als einziges Bundesland keine Altersermäßigung für Lehrkräfte vorsieht. Davon unbenommen bleibt die Möglichkeit, an der konkreten Schule Lehrkräfte aus gesundheitlichen Gründen von Unterrichtstätigkeit zu entlasten."

Genau das möchten wir nicht. Wir möchten nicht, dass die Lehrer so lange so stark belastet sind, dass sie krank werden und aus dem Grunde ihre Arbeitszeit reduzieren möchten. Wir appellieren an die Fürsorgepflicht der Behörde, dass auch die Lehrer ein Recht darauf haben, genau wie in den anderen Bundesländern, gesund in den Ruhestand zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die zweite Frage, die ich gestellt habe, war:

"Ist der Senat der Ansicht, dass die Belastung der Lehrkräfte über 55 beziehungsweise über 60 Jahren in den zurückliegenden Jahren gesunken ist, sodass die Altersermäßigung nicht mehr nötig ist und wenn nein, was tut der Senat, um die Belastung zu reduzieren?"

Diese Frage lag nahe. Wenn ich das alles streiche, dann muss man den Eindruck haben, die Belastung ist geringer geworden, sonst müsste man das

nicht abbauen. Die Antwort finde ich schon etwas zynisch:

"Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass das Belastungsempfinden eng mit persönlichen Mustern des arbeitsbezogenen Verhaltens und Erlebens zusammenhängt."

Will die Behörde uns damit sagen, dass die Lehrer sich die Belastung einbilden – das kann es doch nicht sein. Man muss es schon ernst nehmen, wenn Lehrkräfte nicht mehr voll ihren Dienst leisten können.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Langhein, lesen bildet zwar, aber ich wäre Ihnen sehr dankbar... – Danke schön, fahren Sie bitte fort.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Ich glaube, das ist so ein Kollege, der gern mit in die Schule möchte. Kann das sein?

Dann habe ich abschließend gefragt:

"Was ist geplant, um im Zuge der beabsichtigten Novellierung des Arbeitszeitmodells die Belastung älterer Lehrer zu reduzieren?"

Wann wird die im Herbst 2008 für 'in Kürze' angekündigte Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Novellierung des Arbeitszeitmodells ihre Arbeit aufnehmen?"

Die Antwort war:

"Eine behördeninterne Arbeitsgruppe wurde bereits eingesetzt. Im Übrigen sind die Planungen der zuständigen Behörde noch nicht abgeschlossen."

Aus dem Grunde finden wir den Antrag der SPD, unseren Antrag an den Schulausschuss zu überweisen, sehr vernünftig. Wir haben zwar Vorschläge gemacht, aber wir würden das gern im Schulausschuss diskutieren, wir würden es auch gern im Zusammenhang mit der Novellierung des Arbeitszeitmodells diskutieren. Von daher würde ich Sie bitten, diesem Überweisungsantrag für unseren Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wilfried Buss SPD*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Freistedt.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Noch ein Betroffener!)

Marino Freistedt CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorgelegte Antrag der Fraktion DIE LINKE stellt zunächst einmal eine sehr populistisch klingende Forderung

(Marino Freistedt)

nach Entlastung für ältere Lehrerinnen und Lehrer auf. Wer solch einen Antrag stellt und die daraus resultierenden Mehrkosten mit dem Hinweis auf eine Gegenfinanzierung durch – ich zitiere –

"... Rückführung der Schülerkostensätze auf das Niveau von 2004 ..."

finanzieren will, zeigt sehr deutlich seine Ahnungslosigkeit gegenüber Finanz- und Haushaltsansätzen bei staatlichen Schulen, aber auch bei Privatschulträgern.

(Beifall bei der CDU)

Schlimmer noch, gestern forderte DIE LINKE die Lehr- und Lernmittelfreiheit für alle Schüler. Sie ist sich nicht zu schade, der SPD eine unsoziale Politik vorzuwerfen. Und heute schreibt sie in dem Antrag, sie wolle eine Rückführung der Schülerkostensätze im Endeffekt bei Freien Trägern erzwingen.

Das ist nichts anderes als eine Absenkung der Schülerkostensätze bei Freien Trägern.

(Lydia Fischer CDU: Hände weg von den Privatschulen!)

Ich frage natürlich, sind die Schülerinnen und Schüler bei Freien Trägern in Hamburg nicht auch Hamburger Schülerinnen und Schüler? Warum machen Sie einen Unterschied zwischen Schülern auf staatlichen Schulen und Schülern in Privatschulen?

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal betonen, dass jeder Schüler einer Privatschule, einer Schule in freier Trägerschaft dem Staat circa 20 Prozent an Kosten erspart, weil das nämlich der Eigenanteil des privaten Schulträgers ist. Also wenn Sie Privatschulträger dazu zwingen, Schüler abzugeben oder gar ihre Existenz aufzugeben, dann bedeutet das gleichzeitig bei gleicher Schülerzahl, dass die Kosten für den Staat um 20 Prozent steigen. Gestern haben Sie der neuen Schulgesetzgebung Ihre Zustimmung verweigert, inhaltlich aber der Umwandlung und damit den deutlich steigenden Mehrkosten im Schulbereich zugestimmt. Heute, keine 24 Stunden später, legen Sie einen Antrag vor, der genau im Endeffekt für die Privatschulträger das Gegenteil beschließt. Das ist ein Taschenspielertrick und den wollen wir hier nicht durchführen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie führen die Zuhörer und die Bürger in die Irre, wenn Sie einen Tag theatralisch eine Steigerung der Schulausgaben befürworten, am nächsten Tag dieses wieder einsammeln und zu einer Sparrunde aufrufen,

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist unglaublich!)

im gleichen Atemzug aber für die Finanzierung der Altersteilzeit wieder Kosten einfordern. Das ist kei-

ne seriöse Politik, schlimmer noch, Sie tragen dies auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und der vielen Lehrerinnen und Lehrer aus.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eigentlich könnte ich den Antrag mit diesen Hinweisen zurückweisen. Ich möchte aber nicht wegen der Partei der LINKEN, sondern wegen der vielen älteren Kolleginnen und Kollegen im Schuldienst eine seriösere Behandlung des Themas einfordern. Es stimmt, dass ältere Lehrkräfte seit ungefähr 15 Jahren bundesweit und auch in Hamburg einer stärkeren Berufsbelastung ausgesetzt sind. Zum einen sind die pädagogischen Aufgaben gewachsen. Das Anspruchsdenken der Eltern ist höher geworden, es gibt höhere Leistungsanforderungen an Schülerinnen und Schüler sowie an Lehrer. Es gibt eine andere Mitsprachekultur, die wir auch fördern, und eine andere Haltung zur Schule als Bildungs- und Erziehungsinstitution ist in der heutigen Gesellschaft festzustellen.

Gestern haben wir deshalb zu Recht eine neue Form des Lernens und des Förderns beschlossen. Diesen Herausforderungen müssen sich jetzt alle Lehrkräfte stellen und das ist bemerkenswert. Es sind Lehrkräfte, die in Zukunft mehr als sechs Lebensjahrzehnte von ihren Schülern getrennt sind. Wir haben dann 66-jährige Lehrerinnen und Lehrer im Schuldienst und die treffen auf fünfeinhalb- oder sechsjährige Primarschüler, das sind sechs Lebensjahrzehnte. Das hat es in der gesamten Geschichte noch nicht gegeben.

Die Arbeitszeiten von Lehrern haben sich auch gewaltig geändert und das ist auch gut so, das wollen wir. Gab es früher noch die Arbeitszeit von acht bis 13 Uhr – Sie kennen alle den Kalauer: Morgens hat der Lehrer recht und nachmittags Freizeit –, weil er um 13.30 Uhr nach Hause gehen konnte und dort anschließend Zeit zum Korrigieren oder zur Vorbereitung seines Unterrichts hatte. So werden im Zuge der Ganztagschulentwicklung, die wir fordern und auch fördern, immer häufiger Lehrer einen ganzen Tag in der Schule sein, nicht nur unterrichten, sondern sie werden in Springstunden auch in der Schule sein, Vertretungsstunden machen. Aber wichtig ist, dass sie keine eigentliche Freizeit oder Ruhezeit mehr haben.

Durch die neue Lern- und Beratungskultur, die wir gestern beschlossen haben, werden Lehrer mehrmals in der Woche, teilweise auch noch am Abend, zu Beratungsgesprächen mit Eltern und Schülern gezwungen. Wir wollen das, weil Eltern, die berufstätig sind, auch erst nach 17 oder 18 Uhr mit ihren Klassenlehrern oder mit ihren Fachlehrern sprechen können.

Meine Damen und Herren! Es gilt nach wie vor der preußische Tugendsatz und die preußische Fürsorgeverpflichtung: Jeder neuen Belastung muss eine Entlastung entsprechen. Ich verweise aber

(Marino Freistedt)

auch auf die unterschiedlichen ärztlichen Studien und möchte insbesondere die Schaarschmidt-Studie erwähnen, die sehr eindrucksvoll mitteilt, dass die Belastungssituation von Lehrerinnen und Lehrern, insbesondere von älteren Lehrern, zugenommen hat, und die von unterschiedlichen Bundesländern zum Anlass genommen wurde, über faktische Entschleunigungen oder Vereinfachungen und Anreize für ein gesünderes Leben von Lehrern nachzudenken.

Es ist richtig, so zu handeln. Trotz des von mir eben skizzierten inhaltlichen Populismus Ihres Antrags, der für mich zudem widersprüchlich ist, ist es richtig, dieses Thema im Schulausschuss einer gründlichen, fachlichen und sachgerechten Diskussion zu unterziehen. Eine Überweisung ist demzufolge angemessen. Die CDU wird dieses beantragen und auch durchsetzen mit Ihrer Unterstützung. Wir sollten auch deutlich machen, dass angesichts der Haushaltsverschuldung der Spielraum für finanzielle Füllhörner kaum vorhanden ist. Vielleicht ist die Reform des Lehrerarbeitsmodells ein guter Einstieg – das führt uns in diesem Punkt zusammen –, aber zu viel Hoffnung können wir uns sicherlich nicht machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lein.

Gerhard Lein SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich anders anfangen, aber, lieber Kollege Freistedt, wenn Sie der Linksfraktion Ignoranz und Ahnungslosigkeit vorwerfen, dann frage ich mich, ob mit Ignoranz nicht eher die erste Hälfte Ihres Beitrags zu beschreiben ist. Im gesamten ersten Teil reden Sie nämlich nicht über das Problem Arbeitszeit, sondern philosophieren über völlig andere Themen. Das halte ich für ein Stück weit ignorant.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Welch ein Glück, dass wir heute mit Gelassenheit reagieren, wenn Lehrern der Kragen platzt und demzufolge möglicherweise etwas Unterricht ausfällt wie beim Streik der über Fünfzigjährigen am 24. September. Ich erinnere mich noch an ganz andere Zeiten, als es auch sinnvoll war, der Regierung sehr deutlich zu sagen, dass man mit Lehrern nicht alles machen könne. Damals hat der Staat anders darauf reagiert und ich freue mich, dass die Senatorin gelassen bleibt.

Doch der Anlass für den Protest der Lehrkräfte war keineswegs marginal, sondern offenbarte ein schwerwiegendes Versäumnis dieser Regierung und ihrer Vorgängerregierungen. Die Arbeitszeit der Lehrer wurde von der ersten Von-Beust-Koalition stark und ungerecht erhöht und von der zweiten, bei absoluter Mehrheit im Parlament und nach

dem Motto, große Klassen hätten noch keinem geschadet, zusätzlich erschwert. Die dritte Von-Beust-Regierung, jetzt mit den Grünen, scheint die notwendige und durch die Behler-Kommission vorbereitete Überarbeitung aussitzen zu wollen. Vor diesem Hintergrund stellt die besonders hohe Belastung gerade älterer Lehrerinnen und Lehrer ein großes Problem dar und es ist gut, dass der Antrag der LINKEN im Ausschuss erörtert werden soll.

Angesichts der komplexen Tagesordnung des Schulausschusses warnen wir davor, dieses dringende Thema auf die lange Bank zu schieben. Nicht nur die betroffenen Lehrkräfte erwarten eine zügige Behandlung, sondern auch die Stadt schaut auf das ambitionierte Innovationsprogramm für den Schulunterricht und die -strukturen von Senatorin Goetsch. Da können wir uns aufgrund von Enttäuschung unmotivierte Lehrer nicht leisten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die seinerzeit geltende Arbeitsentlastung für Lehrer lief im Sommer 2000 aus und wurde durch die Altersteilzeit für alle Beamtinnen und Beamten auf Antrag von SPD und GAL ersetzt. Zu diesem Thema gab es eine Debatte in der Bürgerschaft und aus dem entsprechenden Plenarprotokoll geht hervor, dass alle Fraktionen dafür waren, wobei die CDU noch bessere Regelungen gewünscht hatte. Die heutige Senatorin Hajduk sagte damals als Abgeordnete, es gäbe gerade unter den Lehrern ein großes Bedürfnis nach Altersteilzeit und man müsse sich vergegenwärtigen, dass die bestehende Altersentlastung im Sommer ausliefe. Deswegen sei sie froh, dass man ab dem Sommer auch ein anderes Angebot in der Lehrerschaft haben würde.

Die befristete Altersteilzeit von Beamten lief im Sommer 2004 allerdings aus und Frau Goetsch hat in einer Kleinen Anfrage seinerzeit noch einmal nachgefragt. Sie war zunehmend beliebter geworden

(Wolfgang Rose SPD: Frau Goetsch? – Britta Ernst SPD: Frau Goetsch?)

und hat Anerkennung gefunden und man hätte die Altersteilzeit verlängern können, doch keiner hatte den entsprechenden Antrag gestellt. Ich gebe zu, er wurde auch nicht von der Opposition gestellt, aber schon gar nicht von der Regierung, die eine besondere Fürsorge für ihre Lehrer hätte zeigen können. Somit hatten die Lehrer die Altersteilzeitmöglichkeiten und die Altersermäßigung verloren, die sie bis 2000 hatten.

Zum Antrag der LINKEN. Früher gab es entweder Altersteilzeit oder Altersentlastung, niemals beides gleichzeitig. Wir wissen, dass auch andere Bundesländer über eine Reduzierung der Altersentlastung nachdenken. Es ist völlig klar, dass etwas geschehen muss, und es stellt sich die Frage, ob wir wieder eine Altersteilzeitregelung für alle Beamte oder eine Sonderregelung für Lehrer haben

(Gerhard Lein)

wollen. Es ist gut, dass wir dies am richtigen Ort, nämlich im Schulausschuss erörtern.

Arbeitsteilzeitregelungen sind zwar bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage sinnvoll, doch ich glaube, dass die Unterrichtsentlastung für Lehrer schneller zu realisieren wäre. Außerdem befürchte ich, dass die Senatorin denkt, man könne zur Vermeidung von Mehrausgaben die jüngeren Lehrer noch ein bisschen mehr arbeiten lassen, dafür die älteren etwas weniger. Davor wollen wir allerdings warnen, denn das Ganze wird sich aus meiner Sicht nicht aufkommensneutral lösen lassen. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Schulausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Bei allem Verständnis für das Bedürfnis nach Altersentlastung möchte ich betonen, dass bei uns in der Fraktion und auch in der Koalition die Überlegungen, wie wir damit umgehen, noch nicht abgeschlossen sind und wir deshalb die Überweisung des Antrags an den Schulausschuss für sinnvoll halten, um dort interfraktionell und mit der Behörde weiter zu beraten. Wir müssen dieses Thema natürlich im Zusammenhang mit dem überarbeiteten oder noch zu überarbeitenden Lehrerarbeitszeitmodell betrachten. Logischerweise wird das Ganze nach Vorlage des Berichts der Behler-Kommission noch etwas länger dauern, da wir mit der neuen Schulstruktur, mit den neuen Schulen, die wir gestern beschlossen haben, auch einige Elemente der Faktorisierung im Lehrerarbeitszeitmodell neu aufstellen müssen. Es geht also nicht nur um die Umsetzung des Berichts der Behler-Kommission, sondern generell um die Anpassung des Modells an die neue Schulstruktur. Dies nimmt Zeit in Anspruch, aber wir sollten möglichst bald im Ausschuss informiert werden und beraten.

Auch wenn Frau Heyenn dies zurückgewiesen hat, ist zu berücksichtigen, dass auch heute schon die Schulen eigenverantwortlich ältere Lehrkräfte in einem gewissen Maß entlasten können. Oberstes Ziel muss sein, die Lehrerarbeitszeit und das Unterrichten in den Schulen so zu gestalten, dass die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer erhalten bleibt. Das Bedürfnis nach Entlastung ist bekanntlich der Tatsache geschuldet, dass sich viele Lehrkräfte physisch oder psychisch nicht mehr gesund fühlen. Klar ist allerdings auch, dass eine zukünftige Gestaltung des Lehrerarbeitszeitmodells, das diesem Gedanken entgegenkommt, den heutigen älteren Lehrkräften weniger nützt. Es ist aber auch klar, dass nicht alle Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen betroffen sind, sondern dass es

durchaus ein unterschiedliches subjektives Empfinden gibt, ob man durch den Beruf oder die lange Arbeitszeit belastet ist oder nicht.

Wir müssen auf jeden Fall das Arbeitszeitmodell in die Beratungen mit einbeziehen und, sobald es vorliegt, überprüfen, ob es uns damit gelingt, älteren Lehrerinnen und Lehrern ausreichende Möglichkeiten zur Entlastung zu eröffnen, wobei wir nicht nur das Lehrerarbeitszeitmodell, sondern auch andere Entlastungseffekte berücksichtigen müssen. Kleinere Klassen und weniger Korrekturen beispielsweise führen ebenfalls zu einer Entlastung aller Lehrerinnen und Lehrer, nicht nur der älteren. Auch Teamarbeit ist ein wesentliches Kriterium. Alle, die nicht als Einzelkämpfer unterwegs sind, sondern im Team arbeiten, wissen, dass dies zwar manchmal Mehrarbeit mit sich bringt, aber auch sehr entlastend ist, vor allem psychisch, wenn man sich auf die anderen im Team verlassen kann und jederzeit ersetzt und vertreten werden kann.

Unsere Priorität ist daher, vor allem mittels kleinerer Klassen bessere Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler und somit auch bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Ehrlicherweise wollen wir aber nicht zu viele Hoffnungen wecken. Wie Kollege Freistedt bereits gesagt hat, ist die Zahl der älteren Lehrer groß. Sie haben die Zahlen genannt; mehr als 5 000 Lehrerinnen und Lehrer sind zurzeit über 55, das heißt, die über Fünfzigjährigen stellen die Hälfte aller Lehrer. Das bedeutet natürlich, dass jede Form der Altersentlastung oder gar der Altersteilzeit ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich freue mich natürlich, dass so viele Abgeordnete jetzt wieder im Saal sind, aber man sollte es nicht hören. Nur der Redner sollte das Wort haben.

Michael Gwosdz (fortfahrend): – Vielen Dank.

Jede Form der Altersentlastung oder der Altersteilzeit wirft die Frage der Finanzierung auf und ich möchte kurz auf den von Ihnen unterbreiteten Finanzierungsvorschlag eingehen. Kollege Freistedt hat im ersten Teil sinnvollerweise vor allem über die Gegenfinanzierung des Antrags gesprochen. Ergänzend zum Vorschlag der Linksfraktion möchte ich anmerken, dass es Ihrer eigenen Logik der Kritik an den Privatschulen widerspricht, wenn Sie bei den Schulen in freier Trägerschaft sparen und Zuschüsse kürzen wollen. Im Laufe der letzten ein- einhalb Jahre haben wir diese Diskussion schon häufiger geführt. Sie kritisieren gerne im Ausschuss und in den Diskussionen die Höhe des Schulgeldes, das die Schülerinnen und Schüler beziehungsweise deren Eltern zahlen müssen.

(Michael Gwosdz)

Nicht zu Unrecht kritisieren Sie auch, dass die Gehälter an freien Schulen oft unter dem Niveau derer an staatlichen Schulen liegen. Wenn Sie aber beides kritisieren und sagen, das Schulgeld müsste eigentlich niedriger und die Gehälter für die Lehrerinnen und Lehrer an freien Schulen müssten höher sein, dann ist es natürlich ein Widerspruch, wenn Sie gleichzeitig die staatlichen Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft kürzen wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hinsichtlich der Altersteilzeit stellt sich die Frage, ob eine spezifische Regelung für Lehrerinnen und Lehrer fair wäre, falls es keine generelle Lösung für den öffentlichen Dienst gibt. Vor diesem Hintergrund müssen wir im Ausschuss gemeinsam mit der Behörde über Mittel und Wege beraten, um dem verständlichen Anliegen, ältere Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, gerecht zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 19/4062, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Zusammenarbeit Hamburgs und Schleswig-Holsteins in Medienbereichen; 1. Dritter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein; 2. Aufhebung des Hamburgischen Mediengesetzes.

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/3441:

1. Dritter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag HSH)

2. Aufhebung des Hamburgischen Mediengesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/4062 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Wankum bekommt es.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein, Dritter Medienänderungsstaatsvertrag HSH, wie das Monstrum heißt, haben die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein nicht nur die zum 1. Juni dieses Jahres in Kraft gesetzten notwen-

gen Anpassungen an den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf Bundesebene umgesetzt, sondern ihre wesentlichen Ziele auch für die Zusammenarbeit auf medienrechtlicher Basis miteinander formuliert und vertraglich abgesichert. Dabei gilt es insbesondere, das Medienrecht in unseren Bundesländern und die Finanzierung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein mit Sitz in Norderstedt für die nächsten Jahre finanziell abzusichern.

Die Verhandlungen, lieber Kollege Grund und liebe Kollegin Frau Artus, erfolgten im Geist gelebter und partnerschaftlicher Zusammenarbeit und nicht in dem von Ihnen gestern suggerierten Geist irgendwelcher Erpressungen nach dem Motto, die Zukunft sichern wir nur, wenn du mir an anderer Stelle etwas gibst. Dies, liebe Frau Artus, lieber Herr Grund, mag der Geist zukünftiger rot-roter Koalitionsverhandlungen sein, für uns kommt so etwas nicht in Frage.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Der Senat hat das Wohl seiner Bürger im Auge und weiß differenziert zu verhandeln. Darum haben wir auch gestern über das Gesetz hinsichtlich der Nutzung von Übertragungskapazitäten für den privaten Rundfunk diskutiert und heute debattieren wir über den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag. Dieser ist bis zum 31. Dezember dieses Jahres von beiden Seiten zu ratifizieren und bei der Senatskanzlei zu hinterlegen, damit er wirksam wird. Wir sind uns darüber einig und haben es auch hier bereits so formuliert, dass das Medienrecht, wie jedes Recht, einer fortlaufenden Entwicklung bedarf, auch wenn es sich derzeit in einem Tempo weiterentwickelt, wie wir es sonst kaum im rechtlichen Bereich und auch nicht in anderen Bereichen erleben.

Die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, ein besonders erfolgreiches Beispiel für die Zusammenarbeit der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein, hat insbesondere bei der Stärkung der Medienkompetenz nicht nur, aber in besonderem Maße für die Jugendlichen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Schon wir Erwachsenen haben manchmal Schwierigkeiten, der rasanten Entwicklung im Medienrecht und in den Medien zu folgen, und sogar die Aktiven der Branche verschlafen so manchen Trend, was sie hinterher in Schwierigkeiten bringt. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass Medienkompetenzerziehung junge Menschen auf die Chancen, die die Medien bieten, vorbereitet, sie aber gleichzeitig auch auf die Risiken aufmerksam macht und ihnen hilft, diese zu umschiffen. Das Miteinander von Jugendlichen, aber auch der Grad der Bildung werden zukünftig immer stärker dadurch beeinflusst, wie der einzelne Jugendliche mit Medien umgehen kann, welchen Zugang er zu Medien hat und wie

(Andreas C. Wankum)

er sie sinnvoll nutzen kann. Insofern ist die Medienerziehung einer der wichtigsten Bereiche, der durch diesen Staatsvertrag wesentlich gestärkt und gefördert wird.

Wichtig ist, dass die Medienanstalt die jetzt neu zur Verfügung stehenden Mittel zielgerecht einsetzt. Dazu warten wir auf das neue Rahmenkonzept der Medienanstalt, die versprochen hat, es dem Kultur- und Wirtschaftsausschuss im Juni nächsten Jahres vorzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD:* Meine Damen und Herren! Vieltausendfach werden Kinder und Jugendliche auch in dieser Stadt alltäglich vor den Bildschirmen ihrer PCs geparkt und weder ihre Eltern noch die Pädagogen wissen, was da eigentlich passiert; ein Thema, das viele auf dieser Welt beschäftigt, und ich halte es für richtig und wichtig, darüber nachzudenken. Was tut die Stadt, wenn es darum geht, unseren Kindern und Jugendlichen den Weg in die neue Medienwelt zu erleichtern, ihn leichter gangbar und vor allem sicherer zu machen? Das ist der Diskussionsansatz beim Thema Medienpädagogik und Medienkompetenz.

Die Sozialdemokraten begrüßen ausdrücklich, dass es in beiden Ländern, in Schleswig-Holstein und in Hamburg, gelingt, die besondere fachliche Kompetenz zu bündeln und sie bei der neuen Landesmedienanstalt anzusiedeln, die vielfach vernetzt und kooperierend mit anderen Einrichtungen als die Wissenskraft und das Zentrum für Medienkompetenz in Norddeutschland gelten soll, wie die Zielsetzung lautet. Das ist ein ziemlich gewaltiger Anspruch, wie ich finde.

Liest man sich diesen neuen Medienstaatsvertrag durch, dann stellt man fest, dass zwar viele große Worte verwendet werden, dass aber das, was bewegt wird, doch sehr überschaubar ist. Allen, die jetzt neugierig geworden sind, möchte ich sagen, dass in Wahrheit gar keine Staatsgelder, sondern fast ausschließlich die Gebührengroschen der Rundfunknutzerinnen und -nutzer bewegt werden. Es geht um Gelder aus den sogenannten GEZ-Gebühren, die bei der Medienanstalt im Wesentlichen anders verteilt, umgeschichtet oder konzentriert werden. Das ist noch keine eigene Leistung aus Kraft der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, sondern eine Art Umleitung von ansonsten viel kritisierten Gebühreneinnahmen. Wie dem auch sei, notwendig ist diese Konzentration der Kraft in jedem Fall und sie findet unsere ausdrückliche Unterstützung.

Wir wollen die Eltern und die Lehrer befähigen, ihre Verantwortung besser als in der Vergangenheit

zu übernehmen. Wir wissen, dass sehr viele Kinder und Jugendliche das Internet nutzen, ohne sich der Gefahr bewusst zu sein, womöglich in die Hände von Kriminellen zu geraten, oder dass sie durch ihr eigenes Verhalten, durch die Pfade, die sie im Netz hinterlassen, Gefährdungen eingehen, die sie gar nicht überblicken können, die später aber unter Umständen eine große Rolle spielen. Deshalb ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass sich Hamburgs Jugend kenntnisreich, stark und selbstbewusst im Netz bewegt und bewegen kann. Dafür setzt dieser Staatsvertrag gute Grundlagen.

Die Landesmedienanstalt hat sich vorgenommen, bis Mitte nächsten Jahres eine Konzeption vorzulegen, wie diese neue Medienkompetenz in Hamburg gestaltet werden soll, wer daran mitwirkt, welche Inhalte vermittelt werden sollen, mit wem man zusammenarbeiten will und welche Ziele man sich setzt. Das ist gut und ich schlage vor, dass wir uns im Frühsommer des kommenden Jahres, vielleicht noch vor der Sommerpause des Parlaments, mit diesem dann hoffentlich vorliegenden neuen Konzept im Parlament befassen, denn ich glaube, es wäre den Schweiß der Edlen wert, wenn wir genau darauf achten, was wir mit diesem neuen Medienstaatsvertrag auf den Weg bringen. Erfolgskontrolle ist wichtig, auch durch das Parlament. Die Sozialdemokraten sind dazu bereit und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen stimmen diesem Medienstaatsvertrag zu und empfehlen auch dem Rest des Parlaments, das gleich bei der Abstimmung zu tun. Wir würden auch gerne begründen, warum. Meine Vorredner haben bereits einige Punkte genannt. Vor allem ist lobenswert, dass sich jetzt beide Länder darauf geeinigt haben, die Medienkompetenz als eine zentrale Aufgabe dieser Medienanstalt sozusagen gesetzlich zu verankern. Man mag zwar sagen, dass man nicht von eigener Kraft der Länder reden könne, weil keine Steuergelder verwendet werden.

Ich halte es für einen wichtigen Schritt, Herr Grund, dass sich jetzt die Senatskanzlei und die Staatskanzlei in Kiel darauf geeinigt haben, die Medienkompetenz beider Bundesländer bei der Medienanstalt zu konzentrieren, die Gelder von der Medienstiftung entsprechend umzuschichten und auch die konzeptionelle Vorbereitung für die Medienkompetenz in beiden Bundesländern dort zu konzentrieren. Es bedarf schon der Kraft beider Länder, diesen politischen Willen, den beide Landtage ausgedrückt haben, auch umzusetzen. Ich bin ganz sicher, dass wir einen Teil mehr dazu bei-

(Farid Müller)

steuern können, wenn sich die finanzielle Lage in beiden Ländern wieder etwas erholt hat.

Es ist also gut, dass der Medienanstalt mehr Geld zur Verfügung steht, und es ist klar geregelt, wofür es ausgegeben werden soll. Der Direktor macht Vorschläge und der Medienrat, aus beiden Bundesländern besetzt, entscheidet dann über die Vorschläge, an welche Dritten die Gelder zur Umsetzung der Medienkompetenzfragen fließen. Wir Grünen sind mit diesem Ergebnis zufrieden.

Der nächste Punkt, der bereits angedeutet wurde, ist vielleicht für die Kolleginnen und Kollegen im Plenum ein bisschen zu kompliziert.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: So doof sind wir nicht!)

Es geht um das Thema Finanzausgleich. Die Medienanstalt hat perspektivisch Defizite, die auf absehbare Zeit ausgeglichen werden sollen, aber nicht auf Kosten der Filmförderung, bei der es einen Ausgleich geben wird, sodass sie in den nächsten Jahren aufgrund dieses Staatsvertrages nicht mit einem Minus zu rechnen hat. Vor diesem Hintergrund wurde die gemeinsame Verantwortung der Länder hinsichtlich der Filmförderung gewahrt.

Ich möchte gerne noch für meine Fraktion einen dritten, für uns Grüne wichtigen Punkt erwähnen. Erstmals wird im gemeinsamen Medienstaatsvertrag mit Schleswig-Holstein der private, aber nicht kommerzielle Rundfunk erwähnt, und zwar, indem in Paragraph 48 darauf hingewiesen wird, dass gemeinnütziger Rundfunk keine Rundfunkabgaben zu leisten habe. Das war bisher noch offen. Theoretisch hätte in Hamburg eine Lizenz, die an einen solchen Sender gegangen ist, in Zukunft anders vergeben werden können. Wir Grüne fanden aber, dass die Existenz eines gemeinnützigen, nicht kommerziellen privaten Rundfunks es wert ist, entsprechend im Mediengesetz erwähnt zu werden. Das ist mit Schleswig-Holstein so geschehen und vor diesem Hintergrund können alle Beteiligten zufrieden sein, dass zumindest hier der Gesetzgeber sagt, dass es diesen Rundfunk gibt und er aufgrund der bisherigen Mehrheiten auch gewollt ist. Darum wünsche ich mir, dass dieser Medienstaatsvertrag eine breite Zustimmung findet. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Die Debatte passt zur gestrigen. Die Drucksache, die der Kulturausschuss diskutiert hat, soll die Medienanstalt stärken. Gestern wurde sie in ihrer Kompetenz geschwächt, heute ist es wieder andersherum.

Wir möchten feststellen, dass laut Darstellung des Senats die Finanzierung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein nur bis zum Jahr 2012 sichergestellt wird. Dazu werden Mittel zwischen der Medienstiftung und der Medienanstalt hin und her geschoben, wobei das strukturelle finanzielle Defizit nicht aufgelöst wird. Vonseiten des Senats fehlt eine Darstellung, worin die Ursachen für den finanziellen Mehraufwand liegen. In den letzten Jahren ist die Arbeit der Medienanstalten im Bereich der Lizenzierungen und Programmebeobachtungen eher gesunken denn gewachsen und zudem werden Aufgaben innerhalb der Landesmedienanstalten zentralisiert. Dadurch müssten doch Mittel gespart werden. Stattdessen können wir feststellen, dass trotz einer Erhöhung der Rundfunkgebühren die Finanzprobleme nicht gelöst werden. Die jetzige Lösung kann daher nur eine Übergangslösung sein.

Das in der Drucksache erwähnte Termingutachten zur Finanzlage der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein sollte wenigstens nachträglich vorgelegt werden, wenn es schon dem Kulturausschuss am 10. September nicht vorgelegen hat, auch wenn dieses Gutachten von der Medienanstalt in Auftrag gegeben wurde. Anzunehmenderweise verfügt der Senat über dieses Gutachten und die Bürgerschaft muss in die Lage versetzt werden, zu beurteilen, ob alle Empfehlungen aus diesem Gutachten umgesetzt wurden und wenn nicht, warum nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Um überprüfen zu können, ob der Senat die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hat, brauchen wir dieses Gutachten. Außerdem halten wir die finanziellen Mittel für zu gering, als dass ein flächendeckendes medienpädagogisches Angebot gemacht werden könnte. Aus politischer Sicht kann ich verstehen, dass die Medienkompetenzförderung bei der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein konzentriert wird, bildungspolitisch macht dies jedoch keinen Sinn. Man müsste sie eigentlich bei der Bildungssenatorin ansiedeln. Aus diesem Grund hatte die Linksfraktion damals auch den Vorschlag gemacht, die Große Anfrage der SPD zur Förderung der Medienkompetenz in alle Ausschüsse zu verweisen, an erster Stelle in den Bildungs- oder, wie er in der Bürgerschaft immer noch etwas antiquiert heißt, an den Schulausschuss.

Des Weiteren begrüßen wir die Aufhebung der Programmzahlbegrenzung, da somit die herrschende Meinungsmacht unterbunden werden soll. Auch die Bekanntmachungsmöglichkeit im Internet befürworten wir, wohingegen wir die Streichung der jährlichen öffentlichen Fachtagung mit Fragestunden ablehnen, da sie ein zusätzliches Mittel ist, um Öffentlichkeit herzustellen und ansatzweise für Gebührentransparenz zu sorgen. Wenn dieses

(Kersten Artus)

Mittel in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, muss es durch ein anderes ersetzt werden.

Abschließend möchte ich sagen, dass die LINKE gegen den Rundfunkbegriff des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrages ist und auch beim 13. dafür streiten wird, dass der Rundfunkbegriff wieder verändert wird. Die Definition von Rundfunk ist mit dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag fast ausschließlich technisch erfolgt und insofern haben sich die Länder vom bisherigen Rundfunkbegriff, der sich mit den inhaltlichen Kriterien von Aktualität, Suggestivkraft und Breitenwirkung an den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts orientierte, verabschiedet. Die aufweichende Definition des Rundfunkbegriffs schwächt die Kompetenz der Bundesländer in der Medienpolitik, was verfassungsrechtlich bedenklich und europarechtlich nicht erforderlich ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu zwei Punkten, die meine Kollegin eben in den Raum gestellt hat, möchte ich etwas sagen. Die gestrige Debatte und der Beschluss der Bürgerschaft schwächen die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein keineswegs. Ganz im Gegenteil, die Medienanstalt hat wieder das Recht, die Frequenzen, die zwischen beiden Bundesländern geregelt sind, frei vergeben zu können. Darüber sollten Sie noch einmal nachdenken, denn Ihr Argument war in diesem Punkt nicht schlüssig.

Der zweite Punkt betrifft Ihren Vorschlag oder Ihren Gedanken, Medienkompetenz komplett in die Schulbehörde zu verlegen. Das mag in der Sache ganz interessant sein, aber auf der Ebene der Länder gibt es im Zusammenhang mit den Rundfunkgebühren eine Selbstverpflichtung, bei der Medienkompetenz tätig zu werden. Gerade was die Rundfunkgebühren betrifft, würde ich die Länder und auch die Medienanstalten ungern aus der Pflicht nehmen. Eine andere Frage ist allerdings, Frau Kollegin, wie man eine gute Kooperation mit der Medienanstalt erreichen könnte, wenn auch die Gelder und bestimmte Projekte bei der Schulbehörde geplant werden. Dafür bin ich offen und ich habe das Gefühl, dass Frau Goetsch bereits an diesem Thema dran ist. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag HSH und zur Aufhebung des Hamburgischen Mediengesetzes aus Drucksache

19/3441 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist es bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit derselben Mehrheit einstimmig und damit endgültig wie in der ersten Lesung beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 33, Drucksache 19/4011, Antrag der SPD-Fraktion: Rote Liste für schwarze Schafe; Entwurf eines Hamburgischen Korruptionsbekämpfungsgesetzes; Nachdrücklicher Einsatz für ein Bundeskorruptionsregister; Jährliches Korruptionslagebild für Hamburg.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Rote Liste für schwarze Schafe

- Entwurf eines Hamburgischen Korruptionsbekämpfungsgesetzes

- Nachdrücklicher Einsatz für ein Bundeskorruptionsregister

- Jährliches Korruptionslagebild für Hamburg

– Drs 19/4011 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4270 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Rote Liste für schwarze Schafe/Entwurf eines Hamburgischen Korruptionsbekämpfungsgesetzes/Grundsatz der Unschuldsvermutung achten!

– Drs 19/4270 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Schwinke hat es.

Karl Schwinke SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Korruption ist kein Kavaliersdelikt.

"Korruption gefährdet zunehmend die soziale und demokratische Ordnung unserer Gesellschaft, indem sie die Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz, der Unparteilichkeit der Amtsführung in der öffentlichen Verwaltung sowie des fairen Wettbewerbs in der freien Wirtschaft verletzt und eine intranspa-

(Karl Schwinke)

rente, auf Privilegien gegründete Wirtschaft fördert.

In immer kürzeren Abständen erreichen uns Meldungen über korruptes Verhalten in beinahe allen Bereichen des öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Das Vertrauen in ein ehrliches und faires Miteinander schwindet. Korruptes und damit kriminelles Verhalten ist in unserer Gesellschaft erheblich weiter verbreitet, als es bisher bekannt geworden ist."

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, Sie können an dieser Stelle gerne applaudieren, denn der eben vorgetragene Text stammt von der Homepage der Innenbehörde.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller GAL*: Das ist aber kein Grund für Beifall!)

Ich frage die Regierungsparteien: Schaffen Sie die Blitzanlagen ab, um das Rasen auf Hamburgs Straßen zu unterbinden? Schaffen Sie die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen ab, um die Stadt sicherer zu machen? Nein, und das ist gut so. Aber Sie schaffen das Korruptionsregister ab, obwohl es von internationalen Organisationen als eines der wirksamsten Abschreckungsinstrumente gegen Korruption angesehen wird.

Dass das Hamburger Gesetz zur Einrichtung und Führung eines Korruptionsregisters vom CDU-Senat – mit Ihrer Zustimmung – aufgehoben wurde, ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Dass die GAL, die dieses Gesetz mit beschlossen hat und die die Wiedereinführung des Korruptionsregisters sogar zum Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen gemacht hat, bis heute keinen Schritt vorangekommen ist, zeigt wieder einmal, wie groß die Beharrungskräfte der CDU bei dieser Frage sind. Im Bund haben SPD und Grüne ein Gesetz für ein Korruptionsregister auf den Weg bringen wollen, die CDU hat es im Bundesrat verhindert. In der Großen Koalition wurde das Thema ebenfalls von der CDU blockiert.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist ja unglaublich!)

Wir können unser Vertrauen nicht darauf setzen, dass ausgerechnet Schwarz-Gelb sich jetzt in Berlin mit diesem Thema befasst. Ich appelliere an die CDU, endlich Vernunft walten zu lassen und ihre Verhinderungspolitik aufzugeben.

(Beifall bei der SPD)

Weshalb folgt die Hamburger CDU nicht endlich den fortschrittlicheren Kräften in Nordrhein-Westfalen?

(*Wilfried Buss SPD*: Da müssen wir Frau Ahrons fragen!)

Die SPD setzt sich mit Nachdruck für die Bekämpfung der Korruption ein. Es geht uns darum, dass die schwarzen Schafe benannt werden und dass ihrem Treiben ein Ende bereitet wird. Genauso wichtig ist mir aber auch, dass die hanseatischen Tugenden, die in jedem Jahr auf der "Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg" beschworen werden, keinen Schaden nehmen. Eine an Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Regelbeachtung ausgerichtete Unternehmensführung ist die Grundlage wirtschaftlichen Erfolges. Damit diese Tugenden nicht untergraben werden, brauchen wir ein Korruptionsregister.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in der gegenwärtigen Situation, wo im Rahmen der Konjunkturpakete die vergaberechtlichen Bestimmungen gelockert wurden, brauchen wir ein deutliches Zeichen gegen jede Form von Korruption.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat ihre Position in dem vorliegenden Antrag klar zum Ausdruck gebracht. Wir fordern ein hamburgisches Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters. Darüber hinaus fordern wir eine Hamburger Initiative für ein bundesweites Korruptionsregister.

Nun werden Sie uns gleich mit dem Argument der Vorverurteilung geißeln und damit vor allem die Einführung eines Korruptionsregisters ablehnen. Gleichwohl, ich sage Ihnen, dass Sie da auf dem Holzweg sind. Das schwarz-gelb geführte Nordrhein-Westfalen gibt uns ein Beispiel für ein erfolgreiches Landeskorrupsionsregister. Machen Sie also mit.

Mein Kollege, Herr Dr. Dressel, wird den unserem Antrag zugrunde liegenden Gesetzesentwurf noch begründen und um Ihre Zustimmung werben.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Tatsächlich? Da muss er sich aber anstrengen!)

Zunächst einmal danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, liebe Kollegen, wie häufig wir das Thema Korruptionsregister in Hamburg mit Ihnen schon diskutiert haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das liegt ja an Ihnen! Wenn Sie nicht lernfähig sind!)

(Barbara Ahrons)

Vielleicht haben Sie im Wirtschaftsausschuss nicht richtig aufgepasst, vielleicht wollten Sie mit diesem Thema auch einfach nur Wahlkampf machen, Ihr Antrag stammt ja aus dem September. Der Wahlkampf ist aber vorbei und ich denke, wir sollten jetzt anfangen, vernünftig über dieses Thema zu sprechen.

Meine lieben Kollegen von der SPD, wir werden auch dieses Mal Ihrem Antrag nicht zustimmen. Sie fordern wieder einmal die Einführung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das steht doch in Ihrem Koalitionsvertrag!)

das nur innerhalb der Hamburger Landesgrenzen gelten soll. Ein solches Korruptionsregister hatten wir schon einmal in Hamburg, konnten es aber glücklicherweise knapp zwei Jahre nach seiner Einführung wieder abschaffen und das aus sehr gutem Grund, Herr Dr. Dressel. CDU und FDP haben damals von Anfang an auf die eklatanten handwerklichen Fehler und Mängel des Gesetzes und auf seine schwierige Handhabung hingewiesen, Gründe und Argumente, die Sie heute in Ihrem Antrag schon wieder missachten.

(Wilfried Buss SPD: Dann machen Sie doch einen neuen! Aber tun Sie doch mal was dagegen!)

Im Zusatzantrag der LINKEN ist das zumindest noch erkannt worden.

Ich mache deswegen noch einmal deutlich, warum wir auch dieses Mal Ihrem Antrag und auch dem Zusatzantrag der LINKEN nicht zustimmen werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber das ist doch ein Widerspruch!)

– Nein, das ist überhaupt kein Widerspruch, Herr Dr. Dressel.

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, dass durch Korruption in unserer Wirtschaft große Schäden entstehen und damit erhebliche Nachteile für unsere Gesellschaft. Korruption beeinflusst den fairen Wettbewerb negativ und kann zu einem Vertrauensverlust unserer Bürger in die Unternehmen und die staatlichen Organisationen führen.

(Karl Schwinke SPD: Aber dann muss man was dagegen tun!)

Man kann Korruption wohl nie ganz ausschließen. Wo aber Kontrollmechanismen greifen, wo es eine Mitteilungs- und Anzeigepflicht gibt und wo es vor allem – diesen Punkt lassen Sie in Ihrem Antrag völlig außer acht, Herr Dr. Dressel – klare Richtlinien, Transparenz und Aufklärung gibt, kann sich Korruption wesentlich schwerer entfalten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber in Hamburg ist sie trotzdem angestiegen!)

Es gibt darum landes- und auch bundesweit vielfältige Initiativen und Organisationen, die für Aufklärung und Transparenz sorgen. In Hamburg kämpft zum Beispiel der Verein PRO HONORE gemeinsam mit der Handelskammer gegen Korruption in der Hamburger Wirtschaft. 2003 wurde zusätzlich eine Vertrauensstelle zur Bekämpfung von Korruption in der Hamburger Wirtschaft eingerichtet. Hinweisgeber und Betroffene können sich vertraulich an diese Stelle wenden und sich beraten lassen. Darüber hinaus werden heutzutage vielfach Stellen für Compliance Officer eingerichtet, die eine eben solche Funktion haben.

Korruption wird, gemeinsam mit den Verantwortlichen in Justiz und Strafvollzugsbehörde, sehr erfolgreich bekämpft.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein Landesgesetz, wie es die SPD fordert, ist nicht der richtige Weg zur Bekämpfung von Korruption. Ich will Ihnen dies auch begründen.

Erstens: Ihr Gesetzesentwurf ist viel zu weitgehend und verstößt zudem gegen rechtsstaatliche Grundsätze.

Nicht alle der in Ihrem Gesetzesentwurf aufgelisteten Straftatbestände haben etwas mit Korruption zu tun.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt!)

Sie missbrauchen dieses Gesetz für ganz andere soziale Zielsetzungen Ihrer Partei und führen die Menschen damit hinters Licht.

(Ingo Egloff SPD: Die Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen ist auch eine Sauerei!)

Nach Ihrer Vorstellung darf ein Unternehmen schon dann nicht mehr bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden, wenn es zum Beispiel Buchführungspflichten verletzt. Für diesen Tatbestand sind per Gesetz Rechtsfolgen vorgesehen. Ich frage mich aber ernstlich, meine Damen und Herren, was dies mit Korruptionsbekämpfung zu tun hat. Vielleicht können Sie mich nachher darüber aufklären, Herr Dr. Dressel; ich sehe da jedenfalls keinen Zusammenhang.

Der Gesetzesentwurf der SPD verstößt nach unserem Rechtsverständnis zudem eklatant gegen rechtsstaatliche Prinzipien.

(Beifall bei Viviane Spethmann CDU)

Sie wollen beispielsweise eine Eintragung in das Register bereits dann gestatten, wenn Anklage zugelassen wurde. Die Zulassung der Anklage ist keine Verurteilung, meine Damen und Herren. Eine solche Verfahrensweise verstößt ganz erheblich gegen das strafprozessrechtliche Prinzip "Im Zweifel für den Angeklagten". Die CDU wird einen solchen Rechtsverstoß, eine solche Vorverurteilung

(Barbara Ahrons)

einzelner Menschen oder Unternehmen, auf keinen Fall mitmachen.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Hoffentlich weiß Herr Rüttgers das!)

Zweitens: Eine Insellösung für Hamburg ist schlichtweg unsinnig. Ich habe das hier bestimmt schon vier-, fünf- oder sechsmal erklärt. Herr Dr. Dressel, Sie sagen es doch selbst in Ihrem Antrag: Korruption macht an den Landesgrenzen nicht Halt. Deswegen muss es unser Ziel sein, auf Bundesebene eine Lösung zu finden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was haben Sie bisher dafür getan?)

Auch das steht in Ihrem Antrag. Warum ist dies so? Unternehmen könnten bereits in anderen Bundesländern auffällig geworden sein, ohne dass es in einem Hamburger Korruptionsregister erkennbar wäre. Kein öffentlicher Auftraggeber außerhalb Hamburgs könnte verpflichtet werden, uns Verfehlungen zu melden. Eine Insellösung erweist sich damit als nicht tragfähig; das gilt insbesondere für einen Stadtstaat wie Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Es steht in den Koalitionsvereinbarungen drin!)

Drittens: Wir haben bereits gute Mittel, um Verdachtsfälle konsequent zu verfolgen. Die Vergabeordnung und Richtlinien geben uns ausreichend Sanktionsmöglichkeiten an die Hand. Auch ohne ein Korruptionsregister können Verfehlungen auf Grundlage von Verwaltungsvorschriften effektiv und rechtssicher geahndet werden. Diese Instrumente haben sich in der Vergangenheit als wirkungsvoll und rechtssicher erwiesen. Korruptionsverdachtsfälle werden in Hamburg konsequent verfolgt, wie gerade aktuell bei der HPA geschehen.

Viertens: Gemeinsam mit der GAL ist die CDU schon längst aktiv geworden. Tatsache ist, dass sich Hamburg unter CDU-Führung jüngst im Bundesrat erfolgreich – Herr Schwinke, ich weiß nicht, wovon Sie gesprochen haben –, für eine bundeseinheitliche Regelung in Form einer Bundesratsinitiative eingesetzt und einen entsprechenden Antrag für ein Bundeskorruptionsregister eingebracht hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was ist das Ergebnis? Gar nichts! Ist doch nichts passiert!)

Sowohl die Bundesregierung als auch die damalige Koalitionsfraktion, also auch Ihre Partei, Herr Dr. Dressel, haben im Bundestag zugesagt, dieses Thema nach der Bundestagswahl weiterzuverfolgen. Das ist der richtige Weg, Herr Dr. Dressel, und nicht eine Landeslösung.

Ich kann verstehen, dass Sie infolge der Bundestagswahl vielleicht ein wenig enttäuscht sind, dass

Sie künftig auf Bundesebene nicht mehr mitmischen können. Eine Landeslösung, wie Sie sie fordern, macht das aber keinesfalls richtiger.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie haben den Koalitionsvertrag gar nicht gelesen!)

Es ist schon merkwürdig: Ihre Partei war seit 1998 Mitregierungspartei und stellte in den letzten vier Jahren unter anderem immerhin noch den Vizekanzler. Da hätten Sie doch viele Möglichkeiten gehabt, um Ihr Anliegen durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Scheinheilig!)

Ich verstehe bis heute nicht, warum von Ihrer Seite in dieser gesamten Zeit nichts, aber auch überhaupt nichts, geschehen ist.

(*Ingo Egloff SPD*: Das haben Sie genauso verhindert wie das Tariftreuegesetz auf Bundesebene!)

Nun, meine Damen und Herren, Sie sehen, Korruptionsbekämpfung ist der CDU und ihrem Koalitionspartner GAL wichtig. Wir werden mit Sicherheit an diesem Thema dranbleiben. Wir haben die Bundesratsinitiative angeschoben und werden darauf achten, dass es zu einer bundesweit einheitlichen, vernünftigen und praxisorientierten Bekämpfung von Korruption kommen wird. –Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, ich nehme gerne einen Ihrer letzten Sätze auf. Tatsächlich ist das Thema Korruption auch für die GAL wichtig. Wir sind davon überzeugt, dass der öffentliche Druck gegenüber Korruption und Menschen, die korrupt sind, viel zu gering ist. Anders vielleicht als die CDU vertreten wir die Meinung, dass Korruption zwar einerseits großen wirtschaftlichen Schaden verursacht, dass aber das dadurch massiv verletzte Vertrauen in die unsere Gesellschaft lenkenden Institutionen weitaus fataler ist.

Bei 46 Prozent aller aufgedeckten Korruptionsfälle geht es um Korruption in der öffentlichen Verwaltung, das ist eine besonders bittere Tatsache. Auch unsere Arbeit baut auf dem Vertrauen in Behörden-Handeln und Behörden-Entscheidungen auf. Wenn wir angesichts dieser 46 Prozent davon ausgehen müssen, dass die eine oder andere Entscheidung nicht rechtmäßig und mit Sachverstand, sondern aufgrund monetärer Hilfsmittel erfolgt ist, ist das bitter.

Die Debatte, wo sich Mehrheiten finden, ist spannend. Wo finden sich im politischen Raum Mehrheiten, wer kämpft denn eigentlich gegen Korrupti-

(Antje Möller)

on? Meiner Meinung nach bietet sich uns da ein sehr diffuses Bild. Das mag daran liegen, dass es wenig Opfer von Korruption gibt; meistens ist da ja einer, der gibt und einer, der nimmt und wer bei diesem Spiel nicht mitmacht, wird Korruptionsopfer. Er muss feststellen, dass für ihn gar nichts mehr geht und wird im Zweifelsfall zu denen gehören, die sagen, in der Politik gehe ohnehin nur alles auf diese Art und Weise.

Ich sage es noch einmal: Der öffentliche Druck gegen Korruption ist viel zu klein. Mit Diskussionen, wie wir sie hier gerade führen, erhöhen wir ihn aber auch nicht, weil wir uns nicht offensiv genug gegen Korruption aussprechen. Das wird mit Stille entgegen genommen, das spricht für sich. Vielleicht ist das aber auch nur der Uhrzeit oder dem heutigen Tag geschuldet.

Die SPD hat recht, es gibt eine Passage im Koalitionsvertrag, die bis jetzt noch nicht umgesetzt wurde. Dafür gibt es viele Gründe. Diese Gründe sind aber nicht der springende Punkt; das Entscheidende ist der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Eineinhalb Jahre nach Beginn der Legislaturperiode ist den beiden Koalitionspartnern tatsächlich klar, dass hier noch nachzuarbeiten ist. Das heißt aber nicht, dass wir alle anderen Möglichkeiten der Korruptionsbekämpfung so schnell wie Sie verwerfen nach dem Motto: Auf Bundesebene wird sich nichts bewegen – ich traue der neuen Koalition in Berlin auch nicht so viel zu wie Sie, Frau Ahrons, wir werden sehen, was sich da tut –, auf Nordländerebene wird sich nichts bewegen, Hamburg muss allein voranschreiten.

Wir halten einen Hamburger Alleingang, zurzeit jedenfalls, aber nicht für den richtigen Weg. Machen wir uns doch nichts vor, Hamburg würde mit einer Insellösung zwar eine Vorreiterrolle einnehmen, das würde aber nicht dazu führen, dass sich die Korruptionsfälle in Hamburg verringern. Es würde ja schon reichen, den Firmensitz zu verlegen, um in Hamburg nicht erfasst und eingetragen zu werden. Wir wollen deshalb keine Einzellösung, keinen Hamburger Alleingang, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt.

Auf Bundesebene werden wir weiterhin in geeigneter Art und Weise auf eine Lösung hinarbeiten, vor allem aber werden wir das Thema Korruption weiterhin in der Öffentlichkeit bewegen.

Noch ein Wort zur SPD. Ich finde es nicht richtig, dass Sie – der Senator hat einen Statistikfehler eingeräumt – diesen Fehler, der zwar eklatant war, über den wir aber in einer angemessenen Weise und sehr offensiv informiert wurden, jetzt als Teil einer Strategie gegen Korruptionsaufklärung darstellen. Das finde ich sehr polemisch und sehr überzogen. Fehler passieren nun einmal. Dieser hätte nicht passieren dürfen, aber er ist passiert.

Ich würde ganz gerne noch einmal darauf eingehen, wo wir im Bereich der Korruptionsbekämpfung unsere Schwerpunkte setzen. Was können wir eigentlich tun, außer öffentlichem Druck gegen Korruption zu erzeugen oder für eine Hamburger Einzellösung mit eigenem Korruptionsregister zu werben?

Ich glaube, es ist wichtig, auch darüber aufzuklären, wo Korruption überhaupt anfängt. Wann und was darf man schenken oder annehmen, unter welchen Voraussetzungen darf man Verfahren umgehen? Liegt die Gefahr eher im Kleinen oder eher bei großen Aufträgen, wie sie beispielsweise im Rahmen des Konjunkturprogramms vergeben werden? Da ist eine große Grauzone, ein großes Dunkelfeld. Es gibt wenig Bewusstsein dafür, wo Korruption anfängt und wo sie noch lange nicht aufhört.

Wir haben dieselben Ziele wie Sie, wenn wir weiterhin dieses Thema öffentlich diskutieren und vehement dafür streiten, dass die Bundesländer sich endlich auf ein gemeinsames Korruptionsregister einigen. Wir brauchen öffentlichen Druck und wir brauchen die Möglichkeit, korrupte Unternehmen, Institutionen oder Verwaltungen nachschlagbar und nachlesbar festzuhalten und sie damit öffentlich brandmarken zu können. Wir wollen nur nicht diesen Hamburger Alleingang, der immer die Gefahr birgt, dass die betreffenden Firmen oder Einzelpersonen sich schlicht und einfach in den benachbarten Bundesländern niederlassen und wir sie mit unserem Korruptionsregister dann doch nicht erreichen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir unterstützen die Wiedereinrichtung eines Korruptionsregisters wie von der SPD gefordert.

Der jüngste Korruptionsskandal in der Hamburger Hafenbehörde wirft ein grelles Licht darauf, welcher Schaden durch Korruption entsteht. Diesen Schaden trägt – Frau Möller, in diesem Punkt stimme ich Ihnen nicht zu – in ganz erheblichem Maße die Öffentlichkeit. Da ist von 400 000 Euro die Rede, das muss ja jemand bezahlen. Das bezahlt auch jemand; das bezahlen der Steuerzahler und die Steuerzahlerin.

Vergabeverfahren sind häufig intransparent. Intransparenz aber fördert Korruption und Korruption untergräbt demokratische Entscheidungsprozesse. Die Dunkelziffer, das ist jetzt mehrfach gesagt worden, ist enorm. Allgemein wird kaum bestritten, dass Korruption seit längerem auch in Deutschland

(Christiane Schneider)

auf dem Vormarsch ist. Ich nenne nur einmal das Stichwort Müllverbrennungsanlage. Wenn man das googelt, bekommt man fast immer einen Zusammenhang mit Korruption auf den Zielseiten.

Der Vormarsch der Korruption hängt nach unserer Meinung wesentlich mit der Entfesselung der Märkte im Zuge der Globalisierung und insbesondere mit der Welle der Privatisierung öffentlichen Eigentums zusammen. Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Professor Jörg Huffs Schmid etwa bezeichnete die 1990er Jahre als Dekade der Privatisierung und Korruption und weist einen direkten Zusammenhang von Privatisierung und Korruption nach.

Die Einrichtung eines Korruptionsregisters in Hamburg und die von der SPD ebenfalls geforderte Einrichtung eines Korruptionsregisters auf Bundesebene sind ein Schritt zur Transparenz. Sie sind aber nur ein Schritt bei der Korruptionsbekämpfung, da stimme ich Frau Möller zu. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass diese Maßnahmen nur dort greifen, wo das Dunkelfeld bereits aufgehellte ist. Sie tragen wenig zur Aufhellung des Dunkelfeldes bei und sie erfassen beispielsweise auch nicht so richtig den Punkt, an dem normaler Lobbyismus in ordinäre Bestechung von Politikern oder Parteien übergeht. Auch wenn wir weitere Schritte für notwendig halten, tragen wir diesen Schritt mit.

Wir sehen allerdings ein prinzipielles Problem, das uns die Zustimmung zum SPD-Antrag in der vorliegenden Form nicht möglich macht. Wir haben deshalb relativ kurzfristig noch einen Zusatzantrag gestellt.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach!)

Lassen Sie mich ein Zitat von Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1930 anführen. Es ist etwas provokativ, aber hören Sie zu. Tucholsky sagt:

"Ich habe ja nichts gegen die Klassenjustiz. Mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht."

– Zitatende.

Bei aller Wertschätzung von Tucholsky möchte ich mich dieser Auffassung nicht anschließen.

Das Problem des SPD-Gesetzesentwurfs ist schon angesprochen worden: In Paragraph 3 Eintragungsvoraussetzungen wird die Unschuldsvermutung preisgegeben. Der Eintrag in das Korruptionsregister soll schon bei Zulassung der Anklage möglich sein. Die Zulassung der Anklage ist noch kein Urteil, da gebe ich Frau Ahrons recht.

Natürlich spricht einiges dafür – der Gedanke liegt nahe –, ein der Korruption beschuldigtes Unternehmen oder eine beschuldigte Einzelperson frühzeitig, also sobald Gerichte die Anklage zulassen, in das Register zu stellen, damit nicht noch mehr Schaden angerichtet werden kann. Natürlich ist,

besonders bei meiner politischen Herkunft, auch die Versuchung groß, die wirtschaftlich Mächtigen, die schließlich selten rechtlich belangt werden, selbst wenn sie noch so große Schäden anrichten, frühzeitig mit dem Bann der Registereintragung zu belegen oder, um an das Tucholsky-Zitat anzuknüpfen, die Klassenjustiz einmal gegen die Klasse zu wenden, die Klassenjustiz macht.

Wir sind aber für die Einheitlichkeit des Rechtes. Wird sie zerstört, wird das Recht zerstört. Wir verteidigen den Grundsatz der Unschuldsvermutung, wie er in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben ist, bedingungslos. Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig. Dieser Grundsatz gilt ausnahmslos für alle, auch für die, deren Straftaten man für besonders verabscheuungswürdig oder gefährlich, auch im Sinne der Gefährdung der Demokratie, hält. Meiner Meinung nach gilt das auch für Unternehmen. Wenn das Recht nicht mehr einheitlich ist, wenn da ein struktureller Bruch erfolgt, dann ist es unseres Erachtens nach zerstört.

Wir können deshalb dem SPD-Antrag auch nur zustimmen, wenn die SPD unserem Änderungsantrag folgt. Selbstverständlich sind wir für eine Überweisung, um das ausführlicher zu diskutieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schön, dass Sie sich so auf meinen Wortbeitrag freuen, das ist doch prima.

Ich fange einmal mit der Frage an, welche Voraussetzungen man für eine Eintragung in das Korruptionsregister wählt und welche Schwelle man setzt. Wir haben uns bewusst an dem Modell Nordrhein-Westfalen orientiert, bei Einführung des Gesetzes immerhin rot-grün regiert. Wir plädieren dafür, nicht erst die endgültige, rechtskräftige Verurteilung abzuwarten. Die Gründe dafür haben Sie schon genannt: So ein Verfahren kann viele Jahre dauern, wenn es sich über mehrere Instanzen bis hin zum Bundesgerichtshof zieht. Wir wollen früher ansetzen.

Natürlich haben wir geprüft, ob das verfassungsrechtlich sauber und machbar ist. Zu der Frage, wann Eintragungen in ein Vergaberegister erfolgen können, gibt es Urteile. Es geht bei der Eintragung in ein Register ja nicht um die Feststellung individueller Schuld, sondern darum, ob ein Bewerber in einem Vergabeverfahren zuverlässig ist oder nicht. Das sind rechtlich unterschiedliche Fragestellungen.

(Dr. Andreas Dressel)

gen. In Nordrhein-Westfalen ist dieses Gesetz auch nicht verfassungsrechtlich zu Fall gebracht worden im Gegensatz zu anderen Gesetzen, wie zum Beispiel ein Gesetz zur Online-Durchsuchung.

Ich kann Ihnen die gerichtlichen Fundstellen nennen, die belegen, dass dieser Punkt verfassungsrechtlich sauber ist. Und in der politischen Abwägung ist es doch so, wenn man jahrelang wartet, bis man jemanden in dem Register benennt mit der Folge auch eines Vergabeausschlusses, dann macht man ein Korruptionsregister zum stumpfen Schwert und das wollen wir Sozialdemokraten nicht; das ist der eine Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch einmal zu Frau Ahrons, zu dem, was Sie hier vorgetragen haben, ohne auch nur einmal Ihren eigenen Koalitionsvertrag zu berücksichtigen. Sie persönlich sind doch irgendwie auch Teil dieser Koalition. Ich will einfach noch einmal in Erinnerung rufen, weil wir das auch regelmäßig nachlesen, was Sie sich für die vier Jahre vorgenommen haben. Da steht:

"Hamburg bemüht sich innerhalb eines Jahres"

– das ist im Mai 2008, glaube ich, unterschrieben worden –

"um ein mit den Nachbarländern vernetztes Korruptionsregister. Bei Nicht-Gelingen wird eine Hamburger Einzellösung gesucht."

Exakt das steht im Koalitionsvertrag. Wir haben Ihnen dieses Jahr gegeben, um nach einer Lösung mit den Nachbarländern zu suchen.

(Antje Möller GAL: Das haben wir uns selber genommen, dieses Jahr!)

– Ja, aber wir haben, bevor wir diesen Antrag eingebracht haben, gesagt, wir geben ihnen jetzt dieses Jahr.

(Antje Möller GAL: Das war sehr rücksichtsvoll!)

– Ja, das war rücksichtsvoll von uns.

Aber wir haben gesehen, dass es Ihnen irgendwie nicht gelungen ist, innerhalb dieses Jahres zu einem Ergebnis zu kommen, und deshalb greift Ihr zweiter Satz, bei Nicht-Gelingen werde eine Hamburger Einzellösung gesucht. Wir haben die auch gesucht, haben aber in den Unterlagen für die Bürgerschaftssitzung ein Jahr danach nichts gefunden. Dann haben wir Sozialdemokraten einen entsprechenden Gesetzesentwurf aktualisiert und angepasst und den können wir Ihnen hier guten Gewissens vorschlagen.

Es passt alles nicht so richtig zusammen, was Sie vorgetragen haben. Sie wollen weiterhin nur auf Bundesebene bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag prüfen. Glauben Sie doch nicht im Ernst, dass Sie

jetzt mit der FDP von Herrn Westerwelle ein Ergebnis erzielen werden. Da brechen eher Zeiten an, wo diese Herrschaften, um die es hier geht, mit Samthandschuhen angefasst werden, und das wollen wir Sozialdemokraten ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt vermutlich auch für die norddeutsche Lösung. Wahrscheinlich würde es auch mit Herrn Kubicki schwierig werden, zu einer Vereinbarung über ein solches Register zu kommen. Wir werden die Koalitionsverhandlungen in Kiel mit Spannung verfolgen, aber ich glaube, die Nordlösung ist im Prinzip jetzt auch unwahrscheinlicher geworden, als das vorher der Fall war. Deshalb bleibt an der Stelle nur, zunächst einmal als Bundesland mit dieser Einzellösung einen Schritt nach vorn zu gehen. Dies kann natürlich nicht alle Probleme lösen, ist aber jedenfalls ein erster Schritt und ein deutliches Signal, dass man Korruption ächtet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist noch angesprochen worden, dass der Vorschlag die Tatbestände der Korruption ausweitere. Richtig, genau das ist von uns intendiert. Sie werden natürlich immer nur für ein Schmalspurregister sein. Wir sprechen von Straftaten und Verstößen, die den Wettbewerb gefährden und verletzen. Das betrifft, wir können es im Gesetzesentwurf nachlesen, unter anderem das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen.

(Barbara Ahrons CDU: Was hat die Buchhaltung damit zu tun?)

– Ich will es Ihnen sagen. Dieses Register ist von uns auch gedacht als ein Register, das wettbewerbswidrige Verstöße, Verstöße gegen eine ordentliche Wirtschaftsordnung brandmarkt und benennt. Es ist bezeichnend, dass Sie offenbar diesen Weg grundsätzlich ablehnen und nicht mitgehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch die Mindestlöhne, die Gott sei Dank in der Großen Koalition noch verabredet worden sind nach dem Mindestarbeitsbedingungsengesetz, hier mit benannt. Das heißt, auch wer in den Branchen, in denen es Mindestlöhne gibt, dagegen verstößt, gehört nach unserer festen Auffassung in ein solches Register. Und man kann nur hoffen, dass auf Bundesebene nicht die Axt gegen die Mindestlöhne angesetzt wird.

Letzter Punkt: Wenn schon gewisse Einigkeit darüber besteht, dass man darüber weiter reden will und muss, dann ist überhaupt nicht verständlich, warum Sie nicht ebenfalls einer Überweisung zustimmen wollen. Wenn Sie sagen, wir haben noch bei einzelnen Punkten Bedenken, dann sind wir

(Dr. Andreas Dressel)

sehr gern bereit, darüber zu sprechen. Wir können auch über das Thema Unschuldsvermutung noch weiter diskutieren, ob man die Schwelle höher oder niedriger ansetzen sollte. Aber ich glaube, dass unser Gesetzesentwurf erst einmal eine gute Blaupause ist, an der wir weiter arbeiten können. Und wenn Sie das nicht überweisen wollen, dann geben Sie ganz klar ein Signal, dass Sie sich in Wahrheit diesem Thema so nicht widmen wollen. Das würde nämlich bedeuten, eine Ausschussberatung zu ermöglichen

(Wolfgang Beuß CDU: Murks überweisen wir nicht! Überschätzen Sie sich man nicht, Herr Dressel!)

mit einer Sachverständigenanhörung und allem, was dazu gehört, um dieser Thematik wirklich die Aufmerksamkeit zu geben, die sie verdient hat und die eigentlich in der grundsätzlichen Fragestellung hier auch nicht bestritten wird. So ist Ihr Kampf gegen Korruption absolut unglaublich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/4011 und 19/4270 an den Innenausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/4270. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4011 anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 39, Drucksache 19/4154, Antrag der CDU-Fraktion: Bypass für die Rüsshalbinsel prüfen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Bypass für die Rüsshalbinsel prüfen
– Drs 19/4154 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Punkt nicht zu debattieren. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 19/4154 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 und 3a auf, Drucksachen 19/4079 bis 19/4083 und 19/4203: Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses:

**Eingaben
– Drs 19/4079 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/4080 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/4081 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/4082 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/4083 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/4203 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/4079, hier zunächst die Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 349/09 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bericht 19/4080. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 674/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Weiter zum Bericht 19/4081, zunächst die Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die zu Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Bericht 19/4082, hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig hier so beschlossen.

Bericht 19/4083, zunächst Ziffer 1. Auch darin sind wieder nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte sich diesen anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

(Präsident Berndt Röder)

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Es folgt der Bericht 19/4203, Ziffer 1. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 415/09 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die zu Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraf 20, Absatz 2, Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 19/3287, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Unterstützte Beschäftigung – neues Förderinstrument zur beruflichen Integration behinderter Menschen – wie gut ist Hamburg vorbereitet.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Unterstützte Beschäftigung – neues Förderinstrument zur beruflichen Integration behinderter Menschen – wie gut ist Hamburg vorbereitet – Drs 19/3287 –]

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 12, Drucksache 19/3891, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Kriminalität im Jugendstrafvollzug – Wie viel Gewalt wird in Jugendhaft verübt und wie wird darauf reagiert?

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Kriminalität im Jugendstrafvollzug – Wie viel Gewalt wird in Jugendhaft verübt und wie wird darauf reagiert? – Drs 19/3891 –]

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Rechtsausschuss überweisen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 19/4028, Unterrichtung durch den Präsidenten: Ausweispflicht und individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: „Ausweispflicht und individuelle Kennzeichnung von Polizeibediensteten“ Bericht des Innenausschusses Drs. 19/2598 – Drs 19/4028 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26, Absatz 6 der Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Ist das der Fall? – Die Abgeordnete Schneider hat es für maximal fünf Minuten.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die Unterrichtung geht auf einen Gesetzesentwurf der LINKEN zurück, der unter anderem die individuelle Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamten vorsah. Darüber gab es eine ausführliche Debatte im Ausschuss, auch ein Wortprotokoll, und im Ergebnis dieser Debatte war es im Großen und Ganzen feststellbar, dass alle Beteiligten, also sowohl der Innensenator als auch die Fraktionen, in unterschiedlichem Ausmaß der Auffassung waren, dass eine individuelle Kennzeichnung über den gegenwärtigen Stand hinaus sinnvoll ist. Unser Gesetzesentwurf wurde dann abgelehnt zugunsten eines Antrags der GAL, in dem der Senat beauftragt wird – ich zitiere –:

*Siehe Anlage 1, Seite 2402

(Christiane Schneider)

"Mit dem Personalrat und den Gewerkschaften sollen Gespräche mit dem Ziel aufgenommen werden, auch bei geschlossenen Einsätzen von Polizeikräften eine Regelung zu finden, die die individuelle Identifizierbarkeit ermöglicht und der notwendigen Fürsorgepflicht gegenüber den Polizistinnen und Polizisten gerecht wird."

– Zitatende.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist doch in Ordnung!)

Herr Ahlhaus hat im Innenausschuss am 19. Februar dazu erklärt beziehungsweise den Vorschlag gemacht, Wortprotokoll Seite 21, dass diese Gespräche mit dem Personalrat und den Gewerkschaften gemeinsam unter Einschluss des Innenausschusses geführt werden sollen. Da hat Herr Vormizeele gleich widersprochen, aber den Vorschlag von Herrn Ahlhaus gab es.

Ein solches Gespräch hat nicht stattgefunden, weder mit noch ohne Innenausschuss. Der Unterrichtung können wir entnehmen, dass nach einem Vorgespräch des Polizeipräsidenten mit dem Polizeirat und den Polizeigewerkschaften diese zu einer Stellungnahme aufgefordert wurden. Die Stellungnahme ergab, dass wir so etwas nicht brauchen und auch nicht wollen.

Vor diesem Hintergrund hält der Innensenator, wie er der Bürgerschaft mitteilt, eine weitergehende individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamten dann auch nicht für erforderlich.

(Olaf Ohlsen CDU: Ist ja auch richtig!)

Herr Ahlhaus interpretiert die Rolle des Innensensors offensichtlich als die eines Polizeisprechers. Demgegenüber möchte ich mich der Auffassung eines seiner Vorgänger anschließen, des heutigen Vorsitzenden der Hamburger Humanistischen Union, Hartmuth Wrocklage, SPD, der in seinem Plädoyer für eine Demokratisierung der Polizei aus eigener schmerzlicher Erfahrung als erste Anforderung benannte – ich zitiere –:

"Erstens muss die zivile Leitung das Primat der Politik durch tatsächlich wahrgenommene und wirksame Führung der Polizei durchsetzen (ein Kuschen vor dem Sicherheitsapparat, insbesondere vor der Polizeiorganisation und 'ihren' Gewerkschaften, darf es nicht geben)."

– Ende des Zitats von Herrn Wrocklage.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Kuschen müssen wir hier erleben. Hier wackelt der Schwanz mit dem Hund.

Damit nicht genug. Der Brief des Innensensors weist erhebliche Widersprüche zu einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Kollegen Dressel und

Schäfer auf. Danach befragt, verweigert der Senat die Antwort auf eine Art und Weise, die ich nur als Arroganz der Macht bezeichnen kann,

(Wolfgang Beuß CDU: Zügeln Sie mal Ihre Worte!)

ansonsten reicht mein parlamentarischer Wortschatz nicht.

Die Forderung nach individueller Kennzeichnungspflicht hat aufgrund der Polizeiübergriffe auf das Jolly Roger neue Nahrung erhalten. In Berlin und Bremen geht man übrigens jetzt voran, dort wird die individuelle Kennzeichnungspflicht eingeführt.

So leicht, wie der Innensenator sich das vorstellt, wird die Frage der individuellen Zurechenbarkeit von polizeilichem Handeln sich auch in Hamburg nicht erledigen. Nebenbei weise ich darauf hin, dass der Innensenator hier vor allem die GAL geohrfeigt hat. Ich bin höchst gespannt, ob sie sich das gefallen lässt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, dass man den ehemaligen Innensenator Wrocklage hier als Hauptzeugen für die Frage der besonderen Behandlung der Polizei und von Demonstranten heranzieht. Ich glaube, Herr Wrocklage war derjenige, der den Hamburger Kessel damals zum ersten Male durchgeführt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da kennen Sie sich aber ganz schlecht aus!)

Den nun in diesem Zusammenhang als Quelle für ein Zitat heranzuziehen, ist arg fragwürdig.

Frau Schneider, was Sie eben zu erwähnen vergessen haben, und das finde ich aus Ihrer Sicht besonders eigenartig, ist Folgendes: In der Tat haben wir in Hamburg eine Vereinbarung zwischen Polizei und Personalrat der Polizei, die diese Dinge regelt. Und genau darum geht es hier, es geht nämlich um Arbeitnehmerrechte. Der Innensenator ist beauftragt worden, mit seiner Behörde Gespräche zu führen mit den zuständigen Stellen und das ist vor allem der Personalrat der Polizei. Das haben wir im Ausschuss bereits lange vorher erläutert.

Man kann darüber nachdenken, ob man eine solche Vereinbarung über die Kennzeichnungspflicht von Polizisten kündigt oder nicht. Man kann sie kündigen. Aber auch das, so haben Sie es im Innenausschuss lernen müssen, würde nicht dazu führen, dass hier einseitig etwas angeordnet werden kann. Ganz im Gegenteil, wenn eine Vereinbarung zwischen Personalrat und Arbeitgeber ge-

(Kai Voet van Vormizeele)

kündigt wird, dann gilt sie so lange fort, bis sie durch eine neue ersetzt worden ist. Und der Personalrat vertritt die Arbeitnehmerrechte, Frau Schneider. Das sind diejenigen, für die Sie normalerweise in Anspruch nehmen, hier die großen Fürsprecher zu sein. Jetzt sagen Sie mit einem Mal, Personalrat ist Teufelszeug, was die machen, wollen wir gar nicht hören; so geht das nicht.

Wir haben klipp und klar gesagt, das muss gemeinsam mit der Polizei passieren. Diesen Weg werden wir auch weiter gehen, das sage ich Ihnen ganz offen. Wir werden auch gemeinsam in der Koalition darüber reden, ob wir geeignete Mittel finden, die sowohl dem Sicherheitsbedürfnis der Polizeibeamten in dieser Stadt entsprechen, als auch dem aus meiner Sicht normalen Bedürfnis, dass man dort, wo es Fehlverhalten gibt, dieses auch erkennen kann.

Das muss man mit einem gewissen Augenmaß machen und auch berücksichtigen, dass wir keine Hamburger Insellösung einführen dürfen. Es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir während einer Demonstration bei einem großen Ereignis in Hamburg zwar sehen können, wo die Hamburger Beamten sind, aber die große Anzahl der Kollegen aus den benachbarten Bundesländern nicht erkennen können, weil sie nicht der Hamburger Gesetzeslage unterliegen.

Alles das muss geklärt werden. Das tun wir mit Ruhe und Bedacht. Und seien Sie sicher, die Koalition wird, wie in allen Bereichen, im Bereich des Inneren auch diese Frage mit großer Effizienz und großer Ruhe lösen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Also man kann Herrn Wrocklage viel vorwerfen, aber man muss festhalten, dass er für den Hamburger Kessel nicht verantwortlich war.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das stimmt!)

Das war früher.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wie hieß der doch gleich?)

Da haben Sie wahrscheinlich noch im Ortsausschuss Barmbek-Uhlenhorst gesessen, sich jedenfalls noch nicht mit Innenpolitik beschäftigt; deswegen muss das richtiggestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der eine Punkt.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Aber es war auf alle Fälle ein Sozialdemokrat, da sind wir uns einig!)

– Ich habe jetzt Ihre Unrichtigkeit richtig gestellt und wenn Sie das immerhin anerkennen, sind wir schon einen Schritt weiter.

Wir wären bei diesem Thema auch einen Schritt weiter, wenn wir das nicht abschließend diskutieren, sondern diese Drucksache – das wäre jetzt auch unser Antrag, da das noch zur Diskussion steht – an den Innenausschuss überweisen würden. Dann könnten wir uns dort, wo das Thema hingehört, noch einmal vom Innensenator selbst, der heute nicht da ist, den Sachstand schildern lassen, wie die Gespräche im Einzelnen abgelautet sind und ob quasi weiterer Handlungsbedarf und Möglichkeiten dazu bestehen.

Ich habe es allerdings auch so in Erinnerung, dass nicht der Innenausschuss die Gespräche führen sollte, denn das ist operatives Geschäft und nicht Sache der Politik. Aber ich habe schon ein Interesse daran festzustellen, mit welchem Nachdruck diese Gespräche geführt worden sind. Ich will es einmal vorsichtig ausdrücken. Das Interesse der Polizeiführung, da etwas weiterzugehen, ist in Kenntnis der dort handelnden Personen sicherlich unterdurchschnittlich ausgeprägt. Insofern ist das Thema mit Sicherheit noch nicht vom Tisch.

Deshalb beantragen wir die Überweisung an den Innenausschuss, damit wir uns mit dem Thema noch einmal mit der notwendigen Sorgfalt,

(Michael Neumann SPD: Sehr gut!)

die jetzt auch Herr Voet van Vormizeele angeht, befassen können. – Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, so eine richtig klare Stellungnahme aus Sicht der SPD wäre auch nicht schlecht gewesen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir brauchen das Thema nicht noch einmal im Innenausschuss. Was mich bei diesem Thema freut, ist, dass die Bundesländer Bremen und Berlin endlich mitziehen. Dann sind wir nämlich schon drei Bundesländer, die das Thema überhaupt bewegen. Hamburg ist noch dabei, Herr van Vormizeele hat das deutlich angedeutet.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Es hat sich etwas verändert dadurch, dass Bremen und Berlin das Thema aufgegriffen haben. Sie haben es noch nicht beschlossen, Frau Schneider,

(Antje Möller)

leider haben sie es auch dort noch nicht beschlossen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Berlin hat!)

– Ich bin da noch nicht so sicher.

In Bremen versuchen sie, es zuerst politisch zu beschließen und dann die Polizei zu überzeugen. In Berlin kommt die Initiative von der Polizeiführung und die versucht jetzt, die Politik zu überzeugen. Ich weiß nicht, welches der bessere Weg ist. Ich glaube aber, dass wir jetzt die Unterstützung anderer Bundesländer brauchen, denn durch die politischen Gespräche oder durch die Gespräche, die wir mehr oder weniger alle zum Beispiel auch mit dem Personalrat geführt haben, konnte das nicht überzeugend geklärt werden.

Wir sollten auf keinen Fall gegen schon öffentlich erklärten Widerstand eine Entscheidung durchzusetzen versuchen, die dann schlicht und einfach nicht umgesetzt wird. Deswegen bin ich zwar unzufrieden mit dem Sachstand, den wir jetzt in Hamburg haben, aber ich bin froh darüber, dass sich andere Bundesländer diesem Thema genauso wie wir oder sogar etwas vehementer nähern; wir sind gerade ein bisschen vorsichtiger geworden. Wenn drei Bundesländer sich mit dem Thema auseinandersetzen, dann werden wir mittelfristig garantiert eine individuelle Kennzeichnungsmöglichkeit oder Erkennungsmöglichkeit auch der geschlossenen Einheiten in der Bereitschaftspolizei bekommen.

(Ingo Egloff SPD: Mittelfristig vielleicht – oder auch nicht!)

Davon bin ich einfach überzeugt. Die Diskussion in einem Bundesland reicht sicherlich nicht aus und vor allem reicht es nicht aus, politisch zu entscheiden.

(Ingo Egloff SPD: Oh Mann, das ist ja richtig deutlich von Ihnen!)

– Herr Egloff, manche Sachen sind so, wie sie sind.

Es reicht nicht aus, hier eine politische Entscheidung zu treffen, die vorher schon öffentlich zerredet wird durch die führenden Köpfe und Kräfte innerhalb der Polizei. Da gehe ich lieber den Weg, die anderen Bundesländer mit zu begleiten und zu unterstützen und immer wieder öffentlich dafür zu werben, was ich hiermit auch noch einmal getan habe.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Dann lasse ich zunächst über den Überweisungsantrag an den Innenausschuss abstimmen. Wer

möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/4028 Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 17, Drucksache 19/4030, ebenfalls eine Unterrichtung durch den Präsidenten: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 20. Februar 2009, Menschliche Metropole, Unterbringungsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen ausbauen.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 20. Februar 2009

„Menschliche Metropole: Unterbringungsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen ausbauen“

Drs. 19/2382

– Drs 19/4030 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 19/4096, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2009.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3127:

Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2009 (Senatsantrag)

– Drs 19/4096 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2009 aus der Drucksache 19/3127 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen auch in zweiter Lesung einstimmig so beschlossen und damit endgültig.

(Präsident Berndt Röder)

Tagesordnungspunkt 26, Drucksache 19/4121, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Errichtung einer Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtteilentwicklung in Hamburg-Horn und Bahrenfeld, hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Projektsteuerung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3347:

Haushaltsplan 2009/2010

Errichtung einer Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtteilentwicklung in Hamburg-Horn und Bahrenfeld

hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Projektsteuerung (Senatsantrag)

– Drs 19/4121 –]

Auch hier ist mir mitgeteilt worden, dass aus Reihen der Fraktion DIE LINKE gemäß Paragraf 26, Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. Der Abgeordnete Dr. Bischoff bekommt es.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht bei dieser Abstimmung um die erste Tranche der öffentlichen Finanzen für die Doppelrennbahn in Horn, ein Thema, das wir in den vergangenen Monaten in verschiedenen Ausschüssen kontrovers diskutiert haben, ohne dass sich für unsere Fraktion in irgendeiner Weise eine Bewegung in dieser Frage abzeichnet hätte.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo laufen sie denn?)

Meine Fraktion hat daher für diesen Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt, weil wir der Überzeugung sind, dass bei diesem Projekt Millionen aus dem Fenster geworfen werden könnten, ohne dass es einen entsprechenden Nutzen für die Bevölkerung in der Stadt oder auch nur die Bevölkerung im Stadtteil Horn gäbe.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Detlef Roock CDU: Das ist ja barer Unsinn!)

Selbst wenn wir heute nur über die Vorabbewilligung von 1,4 Millionen Euro entscheiden, so sind wir uns doch wohl alle in dem Punkt einig, dass, wenn man eine so große Summe für weitere Planung und Konkretisierung ausgibt, dann auch deshalb, weil das eigentliche Maßnahmenpaket damit schon programmiert ist. Ich glaube, und das ist der entscheidende Punkt, dass die Ausgabe dieser ersten Tranche und auch die nachfolgenden 30 Millionen Euro in der augenblicklichen Situation wirklich ein völlig verkehrtes Signal sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir von der Fraktion DIE LINKE, ich will es ganz kurz machen, haben vier wesentliche Argumente,

warum wir Sie bitten, diesem Vorschlag nicht zu folgen.

Hier soll nämlich erstens Geld zur Stärkung der angeblichen Pferdehauptstadt Hamburg ausgegeben werden, wohl wissend, dass der Pferde- und Totosport nicht nur wegen des Zustandes der Anlagen in Bahrenfeld und Horn, sondern bundesweit in einer tiefen Krise steckt. Das war im Übrigen schon vor der großen Wirtschaftskrise 2007 der Fall und die Verhältnisse haben sich überhaupt nicht gebessert.

Zweitens ist es völlig offen, ob sich ein privater Investor findet, der die zweite große Tranche übernimmt. Und das heißt dann drittens, damit ist völlig strittig, ob eine privat geführte Doppelrennbahn dauerhaft ohne staatliche Zuschüsse auskäme, ganz abgesehen davon, dass nach den bisherigen Plänen der Umbau des Geländes auch eine Einschränkung der öffentlichen Nutzung für den Stadtteil bedeuten würde.

Viertens, und das ist für uns das Entscheidende, bleibt die Aussage, dass die außerordentlich teure Finanzierung einer solchen Kombibahn in der jetzigen Situation nicht zu begründen ist. Das Geld wäre für andere Zwecke erheblich sinnvoller zu verwenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich erinnere an dieser Stelle nur an die vielen Millionen schwere Sanierung der Sportschulhallen, der Schulen und der Stätten des Hamburger Breiten-sports. Also noch einmal: Wenn es zu dieser Entscheidung kommen sollte, dann wäre das eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Frommann.

Jörn Frommann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bewegung, Herr Bischoff, ist ein interessantes Thema. Sie sind in der glücklichen Lage, an allen drei Ausschusssitzungen teilgenommen zu haben, am Sportausschuss, Stadtentwicklungsausschuss und Haushaltsausschuss, wenn ich mich nicht täusche. Bewegung hat nur die SPD gezeigt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Endlich mal so was von Ihnen!)

die sich nämlich zunächst einmal ganz klar enthalten hat, wie üblich in solchen Fällen, dann aber in der entscheidenden Sitzung festgestellt hat, dass diese Maßnahmen und insbesondere die Vorabgenehmigung von 1,4 Millionen Euro für die Planung und Entwicklung dieses nicht ganz unwichtigen Projekts für die Stadt richtig sind, und deshalb auch im Haushaltsausschuss zugestimmt hat. Insofern: Bewegung ist möglich.

(Jörn Frommann)

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Ihre Argumente, lieber Herr Bischoff, sind nicht neu. Auch die Art und Weise, wie Sie im Moment vorgehen, nämlich immer wieder Fünfminutenbeiträge anzumelden nach der Devise, wir können unsere Redezeit ein wenig verlängern und wieder neue Debattenpunkte finden, bringt keine wirkliche Neuerung. Heute wird das noch zugespitzt und die namentliche Abstimmung gefordert.

Sie wissen genau, dass man solche Projekte mit einem Höchstvolumen von bis zu 30 Millionen Euro, mit denen sich die Stadt dort gegebenenfalls beteiligen will, nur mit einer seriösen Planung durchführen kann. Für diese Planung will die Koalition mit Unterstützung der SPD die Mittel zur Verfügung stellen. Es ist richtig, wenn wir einfach in den blauen Himmel hineinplanen würden, dann würden Sie uns berechtigterweise fragen, was soll das alles, ist das seriös und macht das überhaupt Sinn? Und vor allem, wie wollen Sie ohne seriöse Planung in der Zukunft wirklich Investoren finden, die sich an diesem dann privat finanzierten und privat betriebenen Bau beteiligen sollen? Wir brauchen eine Basis, damit es gelingt, gemeinsam den Pferdestandort Hamburg zu sichern und auszubauen.

Im Übrigen haben wir einvernehmlich im Haushaltsausschuss das Petition noch ausdrücklich verändert, nämlich dass die Planungssachstände in einer Drucksache noch einmal genau dargelegt werden. Die Koalition hat diese Forderung zu Recht unterstützt und wir werden uns dementsprechend verhalten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Frommann, es ist allerdings nicht so, dass wir die Bedenken von Herrn Bischoff nicht teilen.

(*Hans-Detlef Roock CDU: Aber?*)

Wir haben im Haushaltsausschuss durchaus gesagt, dass der Senat in der vorgelegten Drucksache – hören Sie doch zu Ende zu – weitgehende Versprechungen macht. Es wird versprochen, dass wir hier ein Projekt bekommen, von dem zwei Bezirke eine Menge haben, das also richtige stadtentwicklungspolitische Impulse gibt und mit dem auch sportpolitisch ein Fortschritt erreicht wird. Dann wird erklärt, es gebe einen privaten Investor, sodass es zu Investitionen in Millionenhöhe kommen werde. Und es ist uns versprochen worden, dass es am Ende nicht zu einem laufenden Betriebskostenzuschuss der Stadt kommen werde.

Sie haben also weitgehende Versprechungen gemacht und da die fachpolitische Resonanz im Sportausschuss erst einmal positiv war und wir auch aus den beiden beteiligten Bezirken zunächst einmal positive Reaktionen bekommen haben, haben wir gesagt, wenn diese Versprechungen alle eingehalten werden, dann kann man sich über diese Investition durchaus unterhalten. Man kann sie auch nicht verwerfen, bevor sie vernünftig geplant und geprüft ist.

Deswegen hat sich die SPD-Fraktion am Ende entschieden, vorzuschlagen, dass wir das Petition ändern. Wenn alles so kommt, wie der Senat es verspricht, kann man auch noch eine saubere Drucksache machen, dem Parlament das Ergebnis dieser ganzen Planungs- und Vorbereitungsschritte vorlegen und dann haben wir die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen. Mehr tun wir heute nicht. Wir entscheiden – jedenfalls als SPD-Fraktion – nicht über die endgültige Investition.

Vielleicht sind die Bedenken der Linksfraktion berechtigt und es kommt alles anders. Dann würden wir dieser Investition auch nicht zustimmen. Für heute sagen wir, dass erst einmal geplant und geprüft werden muss, bevor man sich endgültig entscheiden kann. So haben wir es im Haushaltsausschuss abgewogen und so kann ich das auch gut vertreten, denn es ginge, wenn es am Ende tatsächlich so käme, um eine große Investition, die wir momentan auch brauchen, und es ginge auch um einen Fortschritt für die Bezirke und die Sportpolitik, aber das können wir heute nicht abschließend entscheiden. Deswegen heute Ja zu der Planung, aber nicht unbedingt Ja zur Investition.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mir überlegt, ob ich zum Rednerpult trabe oder galoppiere. Lieber Kollege Dr. Bischoff, wir haben in den Ausschussberatungen schon gesehen, dass Sie eine wirklich tiefe Abneigung gegen diese Doppelkombirennbahn entwickelt haben.

(*Wilfried Buss SPD: Wir auch!*)

Im Hinterkopf haben Sie immer die 30 Millionen

Euro. Sie kalkulieren schon mit 30 Millionen, von denen Sie meinen, dass man sie mit einer anderen Gewichtung ausgeben sollte. Sie sind dieser Auffassung und dem will ich auch gar nicht widersprechen. Aber Sie haben gesagt, die ganze Geschichte hätte keinen stadtpolitischen Nutzen und da muss ich ausdrücklich widersprechen.

Wir haben in Bahrenfeld diese Fläche, die wir gerne für Wohnungsbau zur Verfügung hätten, was al-

(Horst Becker)

so ein hoher stadtpolitischer Nutzen wäre. Dazu kommt noch die A7-Deckelproblematik, mit der es mittlerweile verbunden ist und auch deshalb haben wir ein Interesse an der Fläche und an der Verlagerung der Trabrennbahn.

In Horn erhoffen wir uns – auch mit Hilfe dieser Zusammenlegung –, Stadtteilentwicklung für die neue Mitte Horn zu machen, einen Stadtplatz an der U-Bahn zu bekommen und auch weiterhin auf dem Gelände eine öffentliche Nutzung in der nutzungs-freien Zeit zu haben. Das ist ein Punkt, der auch im beteiligten Bezirk gewünscht wird und von dem auch die Menschen im Stadtteil sich etwas erhoffen.

Letztlich ist es so, dass wir in dieser Stadt zwei traditionsreiche Sportarten haben, die es bereits 100 Jahre und länger gibt und die wir auf diese Weise erhalten wollen. Sportpolitisch haben wir die Entscheidung getroffen, sie nicht sterben zu lassen. Die Stadt hat gesagt, dass sie gedeckelt einen Betrag von 30 Millionen Euro geben wird. Damit das Konzept umgesetzt wird, sind noch einmal mindestens genau so viele private Mittel erforderlich. Ob das funktioniert, werden wir erst herausfinden, wenn wir diese 1,4 Millionen Euro für eine Ausschreibung einsetzen und nach einer solchen Ausschreibung dann wissen, wo wir landen.

Dafür fassen wir heute den Beschluss und dem schließen wir uns an, das finden wir vernünftig. Wie ich höre, wollen Sie eine namentliche Abstimmung. Ich weiß nicht genau, was Sie damit erreichen wollen. Vielleicht denken Sie, dass einem von uns das Ja schwer über die Lippen geht, aber Sie werden erleben, dass das nicht so ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schreiten wir voran und kommen damit zur Abstimmung.

Zunächst stelle ich fest, dass die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme erfolgt ist.

Zu Ziffer 2 der Ausschussempfehlung hat die Fraktion DIE LINKE namentliche Abstimmung beantragt.

Frau Thomas und Herr Hakverdi werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.

Wenn Sie die haushaltsmäßigen Veränderungen aus der Drucksache 19/3347 mit den entsprechenden Änderungen beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ablehnen wollen, ebenfalls deutlich mit Nein und wenn Sie sich enthalten wollen, ebenfalls deutlich mit Enthaltung. Ich weiß schon, warum ich das sage.

Ich darf dann Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)¹

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet. Das Abstimmungsergebnis wird ermittelt und Ihnen sogleich mitgeteilt werden.

(Die Stimmenauszählung wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Man hat mir mitgeteilt, dass das Ergebnis stimmt. Aber kann man mir vielleicht einmal das Ergebnis geben?

Abgegebene Stimmen: 107. Davon 101 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Damit ist dieser Beschluss in erster Lesung gefasst.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss nunmehr in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 27, Drucksache 19/4149, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres, Kapitel 8500, Polizei; Neubau einer Schießanlage der Polizei auf dem Gelände Braamkamp in Hamburg-Winterhude.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3651:
Haushaltsplan 2009/2010
Einzelplan 8.1
Behörde für Inneres, Kapitel 8500, Polizei
Neubau einer Schießanlage der Polizei auf dem Gelände Braamkamp in Hamburg-Winterhude
(Senatsantrag)
– Drs 19/4149 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

(Präsident Berndt Röder)

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung mehrheitlich und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 27a, Drucksache 19/4222, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 4; Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung"; Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen"; Mehrbedarf im Deckungskreis 45 "Sozialhilfe einschließlich Blindengeld"; Mehrbedarf in der Eingliederungshilfe im Bereich Drogen und Sucht; Mehrbedarf im Maßregelvollzug.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3920:**Haushaltsplan 2009, Einzelplan 4**

Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung", Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII", Mehrbedarf im Deckungskreis 45 "Sozialhilfe einschl. Blindengeld", Mehrbedarf in der Eingliederungshilfe im Bereich Drogen und Sucht, Mehrbedarf im Maßregelvollzug (Senatsantrag) – Drs 19/4222 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Widerspruch aus dem Hause sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 19/4153, Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Neue Zuständigkeit und Umbenennung des Rechts- und des Sozial- und Gleichstellungsausschusses.

[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Neue Zuständigkeit und Umbenennung des Rechts- und des Sozial- und Gleichstellungsausschusses – Drs 19/4153 –]

Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 19/4162, Antrag der SPD-Fraktion: Personeller Neuanfang bei der HSH Nordbank.

[Antrag der Fraktion der SPD: Personeller Neuanfang bei der HSH Nordbank – Drs 19/4162 –]

Der Abgeordnete Niedmers hat mich wissen lassen, dass er an dieser Abstimmung nicht teilnimmt.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Nach dem sehr anstrengenden gestrigen Tag haben wir heute das Ende sehr früh erreicht. Ich wünsche allen erholsame Herbstferien. Die Sitzung ist nunmehr geschlossen.

Ende: 17.50 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Olaf Böttger, Barbara Duden, Gunnar Eisold, Nebahat Güclü, Roland Heintze, Jens Kerstan, Karen Koop, Wolfgang Joithe - von Krosigk, Wolfhard Ploog, Jana Schiedek, Frank Schira und Stefan Schmitt

Anlage 1

NEUFASSUNG

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 7. und 8. Oktober 2009

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
6	3570	Landesbetriebe gemäß § 26 Absatz 1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen gemäß § 15 Absatz 2 LHO der Freien und Hansestadt Hamburg
8	3574	Aktueller Kostenstand von Baumaßnahmen
16	4029	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2008 „Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drs. 19/1189“ - Drs. 19/1757
18	4056	„Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 – Nachhaltiges Wachstum – Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nach § 32 der Haushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg“ Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Wirtschaftsausschusses - Drs. 19/2341
19	4057	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 20. August 2008 „Lernen im Lebenslauf – informelle Kompetenzen für die Vermittlung in Arbeit nutzen“ – Drs. 19/925
20	4061	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 20. Juni 2008 „Tennis Masters Series muss am Rothenbaum bleiben“ - Drs. 19/593
21	4100	Beitritt der Hamburgischen Bürgerschaft zum Parlamentsforum Südliche Ostsee
22	4122	18. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)) vom 31. August bis 1. September 2009 in Nyborg, Dänemark
28	4134	Bericht des Sportausschusses
30	4151	Gemeinsamer Bericht des Schulausschusses und des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
31	4102	Bericht der Härtefallkommission
32	4143	Bericht der Härtefallkommission
32 a	4241	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
7	3571	Lärmaktionsplanung	DIE LINKE	Stadtentwicklungsausschuss (f.) und Umweltausschuss
9	3821	Lagebild zur Organisierten Kriminalität und ihrer Bekämpfung in Hamburg im Jahr 2008	SPD	Innenausschuss

14	4091	Erlass eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz	SPD	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
35	4113	Jugendliche vor Alkoholmissbrauch schützen	DIE LINKE	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz (f.) und Innenausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
23	4048	Stadtentwicklungsausschuss	Keine Grabsteine aus Kinderarbeit: Friedhofsatzungen überarbeiten

D. Einvernehmliche Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
10	3835	Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet (II)
11	3846	Rechtliche Betreuung für hilfsbedürftige Personen

Anlage 2(siehe Seite **2400**)**Namentliche Abstimmung****zu dem Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3347:****Haushaltsplan 2009/2010, Errichtung einer Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtteilentwicklung in Hamburg-Horn und Bahrenfeld; hier:****Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Projektsteuerung (Senatsantrag)****Drucksache 19/4121**

Name	Abstimmungsergebnis
Barbara Ahrons	Ja
Kersten Artus	Nein
Elke Badde	Ja
Jan Balcke	Ja
Horst Becker	Ja
Ksenija Bekeris	Ja
Wolfgang Beuß	Ja
Dr. Joachim Bischoff	Nein
Christiane Blömeke	Ja
Thomas Böwer	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Wilfried Buss	Ja
Bernd Capeletti	Ja
Bülent Ciftlik	Ja
Alexandra Dinges-Dierig	Ja
Gabi Dobusch	Ja
Anja Domres	Ja
Dr. Andreas Dressel	Ja
Dieter Dreyer	Ja
Ingo Egloff	Ja
Hartmut Engels	Ja
David Erkalp	Ja
Britta Ernst	Ja
Thomas Felskowsky	Ja
Lydia Fischer	Ja
Dr. Friederike Föcking	Ja
Günter Frank	Ja
Egbert von Frankenberg	Ja
Marino Freistedt	Ja
Jörn Frommann	Ja
Hanna Gienow	Ja
Thies Goldberg	Ja
Jens Grapengeter	Ja
Martina Gregersen	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Andy Grote	Ja
Uwe Grund	Ja
Dr. Eva Gumbel	Ja
Michael Gwosdz	Ja
Norbert Hackbusch	Nein
Metin Hakverdi	Ja
Jörg Hamann	Ja
Rolf Harlinghausen	Ja
Heiko Hecht	Ja
Robert Heinemann	Ja
Linda Heitmann	Ja
Klaus-Peter Hesse	Ja
Dora Heyenn	Nein
Dr. Natalie Hochheim	Ja
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Ja
Rolf-Dieter Klooß	Ja
Martina Koeppen	Ja
Thomas Kreuzmann	Ja
Anne Krischok	Ja
Harald Krüger	Ja
Rüdiger Kruse	Ja
Philipp-Sebastian Kühn	Ja
Hans Lafrenz	Ja
Dr. A. W. Heinrich Langhein	Ja
Gerhard Lein	Ja
Dittmar Lemke	Ja
Bettina Machaczek	Ja
Brigitta Martens	Ja
Dr. Lutz Mohaupt	Ja
Antje Möller	Ja
Stephan Müller	Ja
Farid Müller	Ja
Wolfgang Müller-Kallweit	Ja
Arno Münster	Ja
Michael Neumann	Ja
Ralf Niedmers	Ja
Olaf Ohlsen	Ja
Dr. Christel Oldenburg	Ja
Aygül Özkan	Ja
Jan Quast	Ja
Ties Rabe	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Rolf Reincke	Ja
Berndt Röder	Ja
Hans-Detlef Roock	Ja
Wolfgang Rose	Ja
Andrea Rugbarth	Ja
Dr. Monika Schaal	Ja
Dr. Martin Schäfer	Ja
Christiane Schneider	Nein
Sören Schumacher	Ja
Karl Schwinke	Ja
Richard Seelmaecker	Ja
Viviane Spethmann	Ja
Dr. Dorothee Stapelfeldt	Ja
Hjalmar Stemmann	Ja
Birgit Stöver	Ja
Carola Thimm	Ja
Elke Thomas	Ja
Juliane Timmermann	Ja
Karin Timmermann	Ja
André Trepoll	Ja
Dr. Peter Tschentscher	Ja
Carola Veit	Ja
Thomas Völsch	Ja
Kai Voet van Vormizeele	Ja
Andreas Waldowsky	Ja
Andreas C. Wankum	Ja
Karl-Heinz Warnholz	Ja
Jenny Weggen	Ja
Ekkehart Wersich	Ja
Monika Westinner	Ja
Mehmet Yildiz	Nein